

Regierungsrat 2003?



CVP

CVP

CVP

CVP

FDP

FDP

FDP

Majorz – Nein Danke!

Der «Arbach» ist nicht mehr...

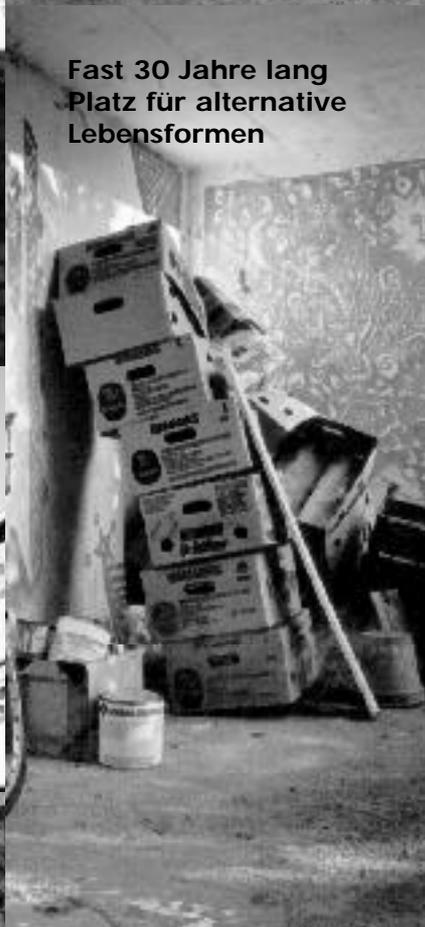


Keine 4-Zimmer-Wohnungen mehr für ein paar hundert Franken im Monat



Seufz...

Fast 30 Jahre lang Platz für alternative Lebensformen



Bilder B.Weiss

Inhaltsverzeichnis

Drogenkonsum in der Schweiz «Die Illegalen sind weniger schlimm»	Seite 4
Abstimmung Der unchristliche Ursprung des unfairen Majorz	Seite 6
Majorz-Abstimmung Gemeinderäte: CVP/FDP- Eintopf	Seite 8
Kiesabbau Die nächste Abstimmung kommt bestimmt	Seite 12
Referendum «Lädele» ist nicht einkaufen	Seite 13
Zukunft Grossstadt Zug, Baar, Cham und Steinhausen	Seite 14
10 Jahre IG BIO Schweiz als Bioland?	Seite 16
Kantonsrat Von Frigos Maulkörben und Chnuspis Polizeigeschichten	Seite 20
Regierungsrat 1998: Die grosse Party	Seite 22
Filmtips «Trade show» statt Piazza	Seite 23

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 3/97

September 1997; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, c/o Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug; Telefon: 711 86 33

Redaktion: Natalie Chiodi, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen

Auflage: 1500

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 4/97: Freitag, 28. Nov.; Erscheinungsdatum: Montag, 15. Dezember 1997.

Endlich Liberalisieren!

Ein Verdienst der Ende der 60er Jahre entstandenen Neuen Frauenbewegung war es, das Tabu-Thema Schwangerschaftsabbruch zu einem öffentlichen Thema gemacht zu haben. Mit Slogans wie «Mein Bauch gehört mir» oder «Kinder oder keine, entscheiden wir alleine» kämpften viele Frauen für eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Doch die damals gültige (medizinische) Indikationenlösung ist immer noch in Kraft. Die Abstimmung über die Fristenlösungs-Initiative im September 1977 wurde verloren, die Initiative «Recht auf Leben» (der GegnerInnen einer Liberalisierung) im Juni 1985 zum Glück klar abgelehnt.

Zwanzig Jahre später ist soeben die Vernehmlassung des Entwurfs der Rechtskommission des Nationalrates zu einer Fristenlösung innerhalb der ersten 14 Wochen abgeschlossen worden. Alle gesellschaftlich relevanten Kreise sprechen sich für eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs aus. Die Debatte im eidgenössischen Parlament wird sich deshalb vor allem um die Frage drehen, ob ein straffreier Abbruch mit oder ohne Beratungspflicht der betroffenen Frau möglich sein soll und innerhalb welcher Frist.

Die CVP, bis vor kurzem noch klar gegen jegliche Liberalisierung, hat sich unter dem Druck zahlreicher Frauen und der öffentlichen Meinung für ein «Schutz»modell mit obligatori-



cher Beratung ausgesprochen. Danach wäre der Abbruch nach der Beratung innerhalb der ersten 12 Wochen nach der Empfängnis straffrei. Mit der Beratungspflicht soll versucht werden, die betroffenen Frauen zum Austragen des Kindes zu bewegen.

Dieser «historische Kompromiss» ist zwar ein Schritt vorwärts, aber mit dem CVP-Modell wird das alleinige Entscheidungsrecht der Frau oder des Paares weiterhin verhindert. Wenn das Kind dann aber auf der Welt ist, darf die Frau verantwortlich für Betreuung und Erziehung sein. Für die meisten von ihnen gibt es noch immer keinen ausreichenden Mutterschaftsschutz (obwohl der Auftrag seit 1945 in der Bundesverfassung steht), es gibt nicht genügend Krippenplätze, Job-Sharing und Teilzeit-Arbeitsplätze sind Mangelware, es hat zu wenig Tagesschulen und die Aussen- und Umwelt wird immer kinderfeindlicher.

Wenn jetzt wieder betont wird, dass diese Forderungen endlich erfüllt werden müssten,

damit Frauen eben nicht abtreiben, sind es genau die gleichen Kreise, die seit Jahrzehnten politisch die Macht hätten, diese Anliegen zu erfüllen.

Während die CVP die gesellschaftlichen Realitäten bezüglich Schwangerschaftsabbruch langsam zu respektieren beginnt, ist genau diese Realität schon wieder um einige wichtige Schritte weiter:

Die pränatale Diagnostik verlangt den Frauen immer mehr einen Entscheid für oder gegen ihre Schwangerschaft ab. Eine Schwangere über 35 Jahre oder eine Schwangere mit Risikofaktoren in der Familie wird mit der Möglichkeit der vorgeburtlichen Tests konfrontiert. Sie ermöglichen, gewisse Fehlbildungen, Krankheiten oder Behinderungen am Fötus festzustellen. Bei einem positiven Befund steht die Frau/das Paar vor der schwierigen Entscheidung, ein behindertes Kind zu akzeptieren oder die Schwangerschaft abubrechen. Bei dieser Entscheidung sind die meisten Frauen und Paare allein gelassen. Sie stehen einem gesellschaftlichen Druck gegenüber, der behindertes Leben als vermeidbar ansieht und in letzter Konsequenz zu einem Schwangerschaftsabbruch führt.

Eine neutrale Beratung und Hilfsangebote zugunsten von Betroffenen ist notwendiger denn je.

Wo sind die entsprechenden Initiativen der "Lebensschützer-00Innen"?

■ Arlene Wyttenbach

Die Illegalen sind weniger schlimm

Der kürzlich im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheitswesen erschienene Bericht «Alkohol, Tabak und illegale Drogen in der Schweiz 1994-1996» steht ganz im Zeichen derjenigen Debatte, die uns einen heissen Herbst beschert. Mit dem Einbezug der häufigsten und schädlichsten aller Drogen, Alkohol und Tabak, sprengen die Bundesfachleute bewusst die verengte Optik der «Jugend ohne Drogen»-InitiantInnen. Fazit: die Anzahl Abhängiger harter Drogen ist konstant und die Repression kostet uns ca. 1/2 Milliarde Franken im Jahr.

Gisela Hürlimann

Den jetzt besonders umtriebigen KämpferInnen wider das «Rauschgift» muss schon das Inhaltsverzeichnis der Publikation sauer aufstossen: Statt die Besseren ins Kröpfchen und die Schlechteren ins Töpfchen auszubeineln, behandeln die AutorInnen legale und illegale Drogen gleichberechtigt nebeneinander in Kapiteln wie «Produktion und Handel», «Konsum», «Soziale Kosten» etc.. Sowohl in der Form als auch im Inhalt will man also die Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum, die «umfangmässig viel bedeutender sind» aus dem «Schatten des politischen Interesses» holen, wie es im Vorwort heisst. Und es wird festgehalten: die Zahl der KonsumentInnen illegaler Drogen in der Schweiz sei «sehr beschränkt.» So prägnant hat man das noch selten aus Bundesbern gehört wie jetzt, wo es darum geht, die Geister, die der «Jugend ohne Drogen»-Kult heraufbeschwört, wieder zu vertreiben. Im folgenden einige erhellende Daten zu illegalen Drogen und legalen «Genussmitteln».

Hasch erst 1975 illegal

In die Illegalität ist der Konsum der heute als «Drogen» bezeichneten Substanzen übrigens erst 1975 gedrängt worden - die Idee dazu kam den Behörden bezeichnenderweise während den StudentInnenunruhen von 1968/69. Jeder und jede Sechste

hat von 15 bis 39jährig sicher einmal illegale Drogen konsumiert, und zwar allermeistens und mit grossem Abstand Cannabis. Die am zweithäufigsten konsumierte Droge ist Kokain, das von 2.7% dieser Altersgruppe schon mal probiert wurde. Und erst nach den halluzinogenen Drogen, die im Neo-Seventies-Boom der 90er ein kleines Revival erleben, folgt Heroin mit 1.3%. Schon jetzt wird klar, dass die Aufmerksamkeit, welche Politik und Medien den Heroinkonsumierenden schenken, nicht ihrem objektiven Anteil am Total der DrogenkonsumentInnen entspricht. Schätzungen gehen von einer seit 1993 konstant gebliebenen, tendenziell sogar leicht rückläufigen Zahl von 30'000 Abhängigen «harter» Drogen (Opiate und Kokain) aus. Dazu werden weitere 30'000 gelegentliche KonsumentInnen gezählt, was zu einer Gesamtzahl von schätzungsweise 60'000 BenutzerInnen harter Drogen führt, von denen es die Behörden wissen. Solche Daten wurden aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 1992/93, aus polizeilichen Verzeigungen sowie aus den Therapie- und Beratungsstatistiken gewonnen.

60'000 «Integrierte»...

Zunehmend wecken aber auch die «integrierten» Drogenabhängigen das Interesse der SuchtexpertInnen: die Leute also, die verdeckt harte Drogen konsumieren und alles vermeiden, was sie dem Risiko der poli-

zeilichen Verfolgung oder von gesundheitlichem und sozialem Abstieg aussetzen würde. Sie nehmen wegen der Illegalität ihres Tuns in der Regel nicht an Befragungen teil. Doch ihre Zahl wird auf ebenfalls etwa 60'000 geschätzt.

...300'000 AlkoholikerInnen

Den polizeilich erfassten und in die Repressions- und Therapiemühlen geratenen 30'000 Drogenabhängigen stehen 700'000 starke RaucherInnen sowie 300'000 süchtige TrinkerInnen gegenüber. Der Drogenkonsum hat sich - ganz im Trend der Zeit - inhaltlich und geografisch diversifiziert: Designerdrogen wie Ecstasy sind neu aufgetaucht und werden von einem harten Kern im Umfeld der Technoszene regelmässig geschluckt. Der vermehrte Griff zu Drogen mit Speed-Effekt, wie neben Ecstasy Kokaincocktails oder Aufputschmitteln, wird von den Fachleuten ebenfalls dem Zeitgeist zugeschrieben. Haschisch und Marihuana sind seit einigen Jahren regelrecht am Boomen und haben sich den Status eines «Genussmittels» erobert. Und: «Eine schweizerische Region, in der keine Drogen gehandelt werden, gibt es nicht mehr».

Kontraproduktive Repression

Die Repression, welche sich jährlich auf circa 1/2 Milliarde Franken und damit auf das Zehnfache an den Aufwendungen für Prävention und Forschung sowie das Doppelte der

Kosten für Therapie und Beratung beläuft, hat seit 1993 nicht ab-, sondern zugenommen und ist für die steigende Zahl von Mehrfachverzeigungen wegen Drogenkonsums verantwortlich. Jene Jugendlichen, welche zu Gründen für ihren Drogenverzicht befragt wurden, kümmert die Polizei allerdings wenig: an erster Stelle sorgen sie sich um ihre Gesundheit, haben Angst vor Abhängigkeit und scheuen die Kosten. Erst an 7. Stelle nennen sie die Illegalität als Grund für Abstinenz. Die Repression mag zusammen mit dem Ausbau ambulanter Beratungsstellen dazu geführt haben, dass «Junkies» ihren Stoff jetzt kontrollierter und sauberer konsumieren. Sie hat jedoch – genau so wenig wie die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht – den Handel nicht eingeschränkt, im Gegenteil: Das Angebot an fast allen Drogen wird von den meisten Kantonen, auf deren Daten der Bericht beruht, als steigend bei gleichzeitig fallenden Preisen und teilweise schlechterer Qualität beurteilt. Gehandelt wird heute vorzugsweise in Privatwohnungen, aber auch nach wie vor im öffentlichen Raum, ein-

fach «schneller» und «hektischer» als früher. Man wird den Eindruck nicht los, dass im Rahmen der «Vier-Säulen-Politik» (Therapie, Prävention, Überlebenshilfe, Repression) die Situation der Drogenabhängigen nicht dank, sondern trotz der Repression sich nicht verschlechtert, sondern eher verbessert.

Lebensrettende Hilfsangebote

Vor allem die Angebote in Therapie und Beratung, die unter dem Motto der Überlebenshilfe, Schadensverminderung und Reintegration laufen, haben das Leben für manche «Illegalen» erträglicher gemacht. Gerade die von den DrogenrestriktionistInnen am schärfsten anvisierten Methadon- und Heroinabgabeprogramme führten bei den BezügerInnen in jeder Hinsicht zu einer Verbesserung, weil die aus der Illegalität entstehenden negativen Folgen des Drogenkonsums verringert werden konnten. Die ärztlich überwachte Drogenabgabe betraf 1994 etwa 15'000 Personen, davon waren bis 1996 1000 HeroinbezügerInnen. Allerdings stehen die meisten sta-

tionären und ambulanten Therapieeinrichtungen unter steigendem Kosten- und Legitimationsdruck – Stichwort «Qualitätskontrolle» – der zu sinnvollen Zusammenlegungsaktionen im Stil einer gesamtheitlichen Suchtmittelberatung, aber auch zur Gefahr der Verheizung von Abhängigen in Billigtherapien führen kann. Die sozialen Kosten, die der Gesellschaft aus dem illegalen Drogenkonsum erwachsen, werden auf knapp 1 Mia. Franken geschätzt, während man sie für den Alkohol auf 3 Mia. Franken beziffert.

Teuer: Alkoholismus und Rauchen

Die Mär vom volkswirtschaftlich nützlichen Alkoholkonsum ist mit der Tatsache, dass jedes vierte Akutspitalbett von einem direkten oder indirekten Opfer des Alkoholismus belegt ist und dass mindestens jeder 20. Todesfall im Zusammenhang mit Alkohol steht, hinlänglich widerlegt. Am Rauchen sterben jährlich 15mal mehr Personen als infolge des Missbrauchs illegaler Drogen. Und immerhin halb so viele Tote wie Drogen fordert das Passivrauchen. Die Verteufelung der illegalen Drogen wie auch ihrer KonsumentInnen hat, das zeigen die Daten aus dem aktuellen Bericht über legalen und illegalen Drogenkonsum, den Charakter eines ausgemachten Kults, dessen AnhängerInnen hochprozentig selektive Wahrnehmung predigen ■

Quelle: Müller, Richard u.a. (Hrsg.) Alkohol, Tabak und andere Drogen in der Schweiz 1994-1996. Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheitswesen. Lausanne 1997

Hinweis: Ich habe nicht nach Geschlecht differenziert, obwohl fast immer deutlich mehr Männer abhängig sind als Frauen.



Kampf gegen die Volksdroge Alkohol. 1. Mai Kundgebung 1912 in Zürich

Bild Drogenmagazin



Der unchristliche Ursprung des unfairen Majorz

Was wir schon lange vermuteten, bekamen wir kürzlich bestätigt: Das auslösende Moment der Majorz-Initiative war Hanspeter Usters Weigerung, Zuger Polizisten für die Ausschaffung der Flüeli-Ranft-Kurden einzusetzen.

Josef Lang*

Mit schwerem Geschütz fuhr die CVP des Kantons Zug am 9. Juni 1991 gegen Hanspeter Uster auf. «Kein Verständnis» hätte sie für dessen Weigerung, dem «Gesuch eines Obwaldner Amtskollegen» nachzukommen, «im Zusammenhang mit der Ausschaffung der Obwaldner Kurden Hilfe zu leisten». Zwar lasse sich Usters Absage juristisch rechtfertigen, hingegen sei die abschlägige Antwort politisch «als grober Fehler zu werten».

Zuger Sonntags- gegen Obwaldner
Werktags-Christen

Interessant ist der von der CVP selber benützte Begriff «Obwaldner Kurden». Im Halbkanton hatte sich eine derart breite Asyl-Bewegung gegen die Ausweisung der gefährdeten Frauen, Männer und Kinder entwickelt, dass es zu einer starken Identifizierung von ObwaldnerInnen mit KurdInnen kam. Getragen war die aktive Solidarität vor allem von kirchlichen Kreisen. Die Stellungnahme der Zuger Wort- und Sonntags-«Christen» war indirekt auch gegen die Obwaldner Tat- und Werktags-Christen gerichtet. Vor allem aber zielte sie auf Hanspeter Uster. In einem Kommentar schrieb die LNN: «Es bleibt deshalb der Eindruck, dass die Zuger CVP in erster Linie dem Regierungsvertreter der Sozialistisch-Grünen Alternative 'eins auswischen' wollte. Und dazu

strapazierte sie gerade jene rechtsstaatlichen Grundsätze, die normalerweise zum festen Repertoire ihrer Partei gehören. Die Kritik an Uster steht einsam im Raum.» (15.6.91)

Hanspeter Uster verfügte allerdings über eine grosse Glaubwürdigkeit, weil er im Frühjahr in weiser Voraussicht Kurdistan selber besucht und danach über die katastrophale Menschenrechtssituation und die verheerenden Folgen von Ausschaffungen berichtet hatte.

Machtpolitik vor Menschenrechten

Diese Berichte hatten den Partei-«Christen» keinen Eindruck gemacht. Vor allem dem damaligen Kantonalpräsidenten und Majorz-Hauptinitianten Peter Hofmann lag die Abwahl des SGA-Vertreters mehr am Herzen als das Schicksal kurdischer Menschen. Für ihn war Usters «Fehler» laut Aussagen eines damaligen CVP-Kantonsrates die «Initialzündung» für die 11 Monate später lancierte Majorz-Initiative. Dann aber harzte es beim Sammeln. Erst am 8. Januar 1993 konnte die CVP bloss 2076 Unterschriften, 76 mehr als das nötige Quorum, einreichen.

Auf die Frage von Zuger-Zeitungs-Redaktor Cäsar Rossi, ob die CVP «mit der Einführung des Majorzverfahrens Gegensteuer gegen einen allfälligen Sitzverlust geben» wolle, brachte Peter Hofmann das Sprüchlein, das wir seither unzählige Male gehört haben. Anlass zum Majorz sei «ganz einfach der Grund-

gedanke, dass die fähigsten Frauen und Männer an die Spitze von Gemeinwesen gewählt werden sollen.» (9.1.1993) Mit anderen Worten: Hofmann begründet sein eigentliches Ziel, die Abwahl des fähigsten Regierungsrates, mit dem Argument, die «Fähigsten» gehören «an die Spitze».

Die «fähige» CVP

Wie «fähig» die Partei mit den vielen (Wirtschafts-)Juristen ist, zeigte sich bei der Prüfung der Initiative. Wegen eines schwerwiegenden juristischen Formfehlers musste sie für ungültig erklärt werden. Kurz darauf schob der profilierte Gleichberechtigungs-Gegner Urs B. Wyss eine Majorz-Motion nach. Diese wurde am 8. November 1993 von der Regierung (im knappen Verhältnis von 4:3) dem Kantonsrat zur Annahme empfohlen. Allerdings war inzwischen zu viel Zeit verloren gegangen, die 94er Wahlen fanden noch im Proporz statt.

Wenn heute CVP-VertreterInnen behaupten, das beweise, dass der Majorz nicht gegen Uster gerichtet sei, verfehlen sie gleich doppelt gegen das achte Gebot. Erstens weil die Initiative wegen und gegen Uster gestartet wurde. Und zweitens weil Uster nur dank Proporz majorzfähig wurde. ■

* Kantonsrat SGA Zug



Majorz unterdrückt Minderheiten

Das Schweizer Staatskundelexikon (hgg. von Alfred Huber, 1996) spricht beim Stichwort «Majorz» Klartext: «Nachteilig ist, dass grosse Parteien bevorzugt und Minderheiten unterdrückt werden.» Warum das so ist, erklärt der folgende Artikel

Josef Lang

Beim Proporz-System werden die Sitze proportional zur Listenstärke verteilt. Beim Majorz-System zählen allein die persönlichen Stimmen. Um beim Zuger Majorz gewählt zu werden, brauchen die Kandidierenden das absolute Mehr aller gültigen Stimmen und müssen unter den ersten Sieben, bzw. Fünf sein. Entscheidend für die Wahlchancen ist die relative Stärke der Parteien.

KandidatInnen der CVP haben eine Grundbasis von 30 - 35, die der FDP von 30, die der SP von 15 - 20, die der Alternativen und SVP von je 10 - 15 Prozent. Ein CVP-Kandidat braucht zum absoluten Mehr nicht nur viel weniger Fremdhilfe als eine SP-Kandidatin. Seine bürgerlichen BündnispartnerInnen sind auch viel stärker als die alternativen der SP. Selbst wenn er ein unbeliebter Kandidat ist und bloss die Hälfte der FDP- und SVP-Stimmen kriegt, liegt er immer noch weit über dem absoluten Mehr.

Bürgerblock mit 70%

Diese Fremdhilfe spielt fast automatisch, wenn sich die Parteien zu Blöcken zusammenschliessen. Ein zugerischer Bürgerblock, der für den Fall einer Änderung des Wahlverfahrens bereits angekündigt ist, hat eine Stimmkraft von 70%. Damit kann er erstens allein bestimmen, wie viele Sitze er einnehmen will. Zweitens hat der Bürgerblock im

Falle, dass er den Linken einen Sitz gewährt, einen bestimmenden Einfluss auf die Auswahl der KandidatInnen. Beispielsweise hätten die bürgerlichen 1978 Othmar Romer kaum akzeptiert, weil er zu eng mit dem linken SP-Flügel verbunden war.

Parteilisten trotz Majorz

Diese enge Abhängigkeit der Wahlchancen von der Parteistärke ist beim Zuger Majorz noch grösser. Die Stimmberechtigten erhalten nämlich nicht, wie ich es in der Kommission und im Kantonsrat vorgeschlagen habe, eine leere Wahlliste ohne Parteibezeichnung (begleitet



«Wenn der Majorz kommt, schmeiss ich mich vom Sockel!»

Bild: B. Weiss

von einem Beiblatt der alphabetisch aufgeführten Kandidierenden), sondern Majorz-Parteilisten mit vorgedruckten Namen. Und das segelt unter dem Motto «Personen vor Parteien»!

Unsinniger Nationalratsproporz

Die zweite Vorlage schlägt den Übergang vom bisherigen Listenproporz zum Nationalratsproporz bei den Parlamentswahlen vor. Beim heute gültigen Listenproporz zählt zur Verteilung der Sitze allein die Anzahl der Listen. Beim Nationalratsproporz zählt hingegen jede einzelne Linie auf der Liste. Wird beispielsweise der CVP-Kantonsrat Andreas Bossard auf die städtische Kantonsratsliste der SGA geschrieben, nimmt er dieser einen Zwanzigstel der Stimmkraft weg und stärkt umgekehrt die CVP.

Damit die eigenen WählerInnen weniger in Versuchung kommen, «fremde» KandidatInnen auf die eigene Liste zu setzen, sind die Parteien gezwungen, ihre Listen zu füllen. Das bedeutet, dass in der Stadt Zug die sechs Parteien für die Gemeinderatswahlen je 40 und für die Kantonsratswahlen je 20 KandidatInnen finden müssen. Selbst mit Kumulieren, dh. dem Zweifach-Stimmen für eine Person, bedeutet das, dass in der Stadt Zug 6mal 30 KandidatInnen allein für Gemeinde- und Kantonsrat gefunden werden müssen, was unweigerlich zu einer Vervielfachung der Alibi-Kandidaturen führen würde



Gemeinderäte: CVP/FDP-Eintopf

FdP und CVP sind in praktisch allen Gemeinden die beiden grössten Parteien nach WählerInnenstimmen. Im Proporz spiegelt sich dies wider, indem sie in allen Zuger Gemeinderäten zusammen jeweils eine Mehrheit stellen. Was aber passiert, wenn die gemeindlichen Regierungen in Zukunft im Majorz gewählt würden? Eine Analyse, welche die Wahlergebnisse von 1994 und 1990 berücksichtigt, liefert die Antwort.

Martin Stuber

Was wäre, wenn? Die Wahlergebnisse umrechnen auf den Ausgang mit Majorzwahlrecht ist nicht ganz unproblematisch. Es liegt auf der Hand, dass die persönlichen Stimmen der KandidatInnen auf den Parteilisten nicht einfach tel quel dem Resultat entsprechen, das die jeweiligen «Persönlichkeiten» bei Majorzwahlen machen würden. Unter den herrschenden politischen Kräfteverhältnissen im Zugerland ist die Übung aber dennoch aussagekräftig.

Parteitreue WählerInnen sind bei Majorzwahlen gerade in den Gemeinden nämlich weniger geneigt, Stimmen zu «verschenken», als beim Listenstimmen-Proporz. Damit verschiebt sich das Stimmenverhältnis noch stärker in Richtung grosse Parteien. Das Abstimmungsverhalten der weniger parteigebundenen WählerInnen dürfte sich wenig ändern, dort wurde bisher schon fleissig panaschiert und kumuliert. Nicht direkt in die Analyse mit einbezogen wurde die Herkunft der

persönlichen Stimmen – dazu fehlt einfach der Platz. Generell kann aber gesagt werden, dass CVP- und FDP-KandidatInnen bei der jeweils anderen Partei mehr Stimmen holen als KandidatInnen von alternativen Gruppierungen oder der SP. Das bedeutet, dass die Stimmverhältnisse zwischen den einzelnen KandidatInnen auch bei Majorzwahlen im grossen und ganzen dem Muster, wie es sich heute darstellt, folgen würde.

Zug: Sonderfall Romer

Auf den ersten Blick gibt es scheinbar wenig Unterschiede zwischen Majorz und Proporz bezüglich Zusammensetzung der Zuger Stadtregierung. Auf den zweiten Blick fällt die spezielle Stellung des altgedienten SP-Stadtrates Othmar Romer auf, der aus allen politischen Lagern von Wahl zu Wahl bis 1990 mehr persönliche Stimmen erhalten hat. Ein Blick in die Archive zeigt dann allerdings, dass er bei seiner ersten Wahl 1978 nicht den Hauch einer Chance gehabt hätte, wäre nach dem Majorzsystem gewählt worden.

Dies ist ein generelles Muster: heute majorzfähige Bisherige aus dem linksgrünen Lager wären bei Majorzwahlen gar nie gewählt worden und sind erst im Regierungsamt so bekannt und populär geworden, dass sie es nachher auch bei Majorzwahlen schaffen würden. Auch das ist aber nicht sicher, wie das Resultat von Bau- und Eusebius Spescha zeigt. Er wäre 1990 im Majorz nicht gewählt worden und hätte 1994 wegen Verfehlen des absoluten Mehrs in der Nachwahl einen schweren Stand gehabt.



Zug

Wahlen 1990

Othmar Romer*	SP
Ernst Moos*	FDP
Othmar Kamer*	CVP
Hansjörg Werder*	CVP
Christoph Straub	FDP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Eusebius Spescha	SP

Wahlen 1994

Othmar Romer*	SP
Christoph Luchsinger	FDP
Toni Gügler	CVP
<i>2. Wahlgang nötig:</i>	

Wenn Romer abtritt und CVP und FDP mit drei Bisherigen und zwei oder drei Mitte- bis Mitte-rechts-KandidatInnen antreten, dann könnte Majorz in der Stadt Zug gleichbedeutend mit einem rein bürgerlichen Stadtrat sein.

Baar: absolute CVP-Mehrheit

Beim Studium der Baarer Resultate wird plötzlich klar, weshalb Baar in der Abstimmung vom 8. Juni überraschend deutlich Ja zum Majorz gesagt hat: Die CVP hat nämlich 1990 die absolute Mehrheit im Gemeinderat dank dem Proporzsystem verloren. Im Majorz hätte diese absolute CVP-Mehrheit angedauert, im jetzigen Gemeinderat würde sie sogar 5 von 7 GemeinderätInnen stellen. So stark ist die CVP-Stellung in Baar, dass trotz der markant tieferen persönlichen

Zur Erklärung der Tabellen:

Ein * hinter dem Namen weist auf eine(n) Bisherige(n) hin. Grau unterlegt bedeutet, dass diese Person bei der Proporzwahl durchgefallen ist, aber bei einer Majorzwahl gewählt worden wäre. Als «Nicht Gewählt wäre» werden entsprechend die im Proporz erfolgreichen KandidatInnen aufgelistet, die bei einer Majorzwahl nicht reüssiert hätten. Die Listen sind sortiert nach Anzahl persönlicher Stimmen.



Baar

Wahlen 1990

Jules Binzegger*	CVP
Urs Perner*	CVP
Alfred Heer*	FDP
Hans Krieger	CVP
Jürg Dübendorfer*	FDP
Annelies Stebler	CVP
Walter Ineichen	SP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Ruedi Hug	SP

Wahlen 1994

Urs Perner*	CVP
Hans Krieger*	CVP
Paul Langenegger	CVP
Jürg Dübendorfer*	FDP
Walter Ineichen*	SP
Edith Hotz	CVP
Maria-Pia Kuhn	CVP
<i>Nicht gewählt worden wären:</i>	
Ruedi Hug*	SP
Ernst Schwerzmann	FDP

Stimmen der jeweiligen CVP-Frauen diese trotzdem gewählt worden wären.

Nicht nachvollziehbar ist die Haltung Pro-Majorz der Baarer SVP Exponenten. Die Baarer SVP hat mit 10% Listenstimmen ein relativ gutes Resultat gemacht und könnte mit Proporz bei den nächsten Wahlen auf einen Sitz hoffen. Im Majorz ist sie ohne jede Chance: Spitzenkandidat Steinmann lag 600 Stimmen hinter Ernst Schwerzmann. Und eine gemeinsame bürgerliche Liste hat die CVP nicht nötig...

Wie viele Sitze die gemeinsame Liste SP/SGA halten könnte, hängt in Baar stark von der Konstellation ab - fast sicher scheint aber mindestens der Verlust eines Sitzes.

Cham: absolute CVP-Mehrheit

Ähnlich wie in Baar sind die Verhältnisse in Cham: 1994 verliert die



Cham

Wahlen 1990

Karl Bienz*	CVP
Heinz Wyss*	CVP
André Landtwing	CVP
Susi Kuhn-Gassmann*	FDP
Heinz Schmid*	SP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Jlitka Röthlisberger	KriFo

Wahlen 1994

Heinz Wyss*	CVP
Susi Kuhn-Gassmann*	FDP
Esther Britschgi	CVP
André Landtwing*	CVP
Toni Käppeli	CVP
<i>Nicht gewählt worden wären:</i>	
Toni Stadelmann	FDP
Hans Schaufelberger	SPDP

CVP ihre jahrzehntealte absolute Mehrheit im Gemeinderat. Auch hier gilt: ohne Proporz-Wahlrecht hätte die CVP 1994 ihre absolute Mehrheit sogar noch ausbauen können! Im Majorz dürften FDP und CVP sich den Gemeinderat in Zukunft unter sich aufteilen, wie das Resultat des als Kantonsrat bekannten und profilierten Hans Schaufelberger zeigt: Der Stimmenabstand ist einfach zu gross und könnte selbst mit einer gemeinsamen Liste KriFo/SP nicht wettgemacht werden, wie die Analyse der Listenstimmen zeigt!

Angesichts der starken Stellung der CVP müsste eigentlich die Chamer FDP alles Interesse haben, am Proporz festzuhalten.

Steinhausen: knappe Verhältnisse

Etwas speziell sind die Verhältnisse in Steinhausen, weil FDP und CVP jeweils nicht mehr als je vier Kandidaten aufgestellt haben (auch 1986). Würden sie unter dem Majorz diese Praxis ändern, dürfte es für SP und Frische Brise, die ja schon 1990 und



Steinhausen

Wahlen 1990

Josef Küng	CVP
Niklaus Limacher*	CVP
Max Gisler	FDP
Urs Marti	FDP
Rolf Gerber*	FriBri
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Ernst Ineichen	SP

Wahlen 1994

Josef Küng*	CVP
Max Gisler*	FDP
Hans Peter Baggenstos	CVP
Urs Marti	FDP
Ernst Ineichen*	SP

1994 mit einer gemeinsamen Liste angetreten sind, sehr eng werden. Tendenziell wäre auch hier mit einer absoluten Mehrheit der CVP zu rechnen, wenn sie drei KandidatInnen aufstellt, zumal der FDP-Gemeindepräsident Urs Marti mit seinem Konfrontationskurs gegenüber FriBri und SP den Kandidaten seiner Partei kaum zum nötigen Stimmenzuwachs verhelfen könnte. So gesehen müsste die FDP eigentlich auch in Steinhausen dem Proporz zuneigen.

Hünenberg: die CVP...

Es wird langsam langweilig - auch in Hünenberg dasselbe Lied: mit Majorz absolute CVP-Mehrheit, ohne Majorz ist 94 die absolute CVP-Mehrheit verlorengegangen. Die Stimmenverhältnisse sind so klar, dass es bei der SP wohl die Kandidatur des in Hünenberg wohnhaften Urs Birchler brauchte, um unter dem Majorz den Gemeinderatssitz zu verteidigen.

Typisch: die im Proporz nicht gewählte und nachher für den Ständerat gewordenen Peter Bieri nachgerutschte CVP-Gemeinderätin Alma Leuenberger engagiert sich vehement für den Majorz...



Hünenberg

Wahlen 1990

Peter Bieri*	CVP
Max Büttler	CVP
Bruno Briner	FDP
Ruth Odermatt*	CVP
Markus Baumann	FDP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Hansruedi Bigler	SP

Wahlen 1994

Max Büttler*	CVP
Bruno Briner*	FDP
Peter Bieri*	CVP
Alma Leuenberger	CVP
Hans Gysin	FDP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Hansruedi Bigler*	SP

Risch: Gleis3 nur dank Proporz

Wer erinnert sich? 1986 eroberte das völlig unbekannte Gleis 3 mit dem jungen Thomas Kumpera überraschend den ersten Gemeinderatssitz einer alternativen Gruppierung im



Risch

Wahlen 1990

Richard Knüsel*	CVP
Rudolf Schicker*	CVP
Bruno Uhr*	CVP
Bruno Huwiler	FDP
<i>Für 5. Sitz Nachwahl nötig:</i>	
Daniel Zülle	Gleis 3
Nelly Mendler	FDP

Wahlen 1994

Rudolf Schicker*	CVP
Bruno Huwiler*	FDP
Daniel Zülle*	Gleis 3
Anton Wismer	CVP
Vreni de Beaufort	CVP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Maria Wyss	FDP
<i>Plus zwei Nachwahlen</i>	

Kanton Zug - dank dem Proporz! Die gute Arbeit des Gleis 3 und Kumperas wurde 1990 mit einem sehr guten Resultat für Daniel Zülle honoriert, der aber trotzdem im Majorzsystem in eine Nachwahl hätte gehen müssen.

Dies alles verschweigt der CVP Kantonsrat Willi Wismer in einem Leserbrief wohlweislich. Seinen Majorz-Grosseinsatz erklärt nicht nur die weiterhin unverdaute Abwahl des bisherigen Bruno Uhr bei den 90er-Wahlen, sondern wohl auch die Tatsache, dass die CVP mit Majorzwahlen ihre absolute Mehrheit 1994 auf Kosten der FDP zurückgewonnen hätte.

Nach einem Rücktritt von Zülle wird das Gleis 3 unter Majorzrecht den Sitz nicht halten können.

Verständlich ist auch, dass die Rischer FDP den Proporz unterstützt!

FDP-Hochburg Unterägeri

Wundert sich jemand, weshalb die Unterägerer FDP so vehement für den Majorz eintritt? Nein, es ist nicht nur die Regierungratsaspiration von FDP-Schwergewicht Joachim Eder, auch die starke Stellung der FDP in Unterägeri ist ein wichtiger Grund. So wie die CVP in Baar oder Cham könnte unter dem Majorz die FDP in Unterägeri mehr oder weniger nach Belieben schalten und walten.

Der Einwand, dass sie dies dank absoluter Mehrheit heute schon kann, ist richtig - bloss sind im Majorz die Aussichten für eine allfällige oppositionelle Liste gleich Null, während im Proporz ein ähnlicher Effekt wie in Oberägeri oder Menzingen möglich wäre. In Unterägeri ist die Mehrheit der FDP «präventiv» für den Majorz. Unterägeri ist die einzige Gemeinde, wo der Majorz klar der FDP nützt.

Trotz der Schwäche der CVP hat die SP im Majorz gemäss eigener Einschätzung nach dem Rücktritt ihres Bisherigen keine Chance. Max Toggenburger, der 91 für den verstorbenen Willy Schilling gewählt wurde, konnte 94 als Bisheriger kandidieren.



Unterägeri

Wahlen 1990

Hansruedi Iten	FDP
Adolf Weingartner*	FDP
Willy Schilling*	SP
Franz Steiner*	CVP
Karl Iten*	CVP

Wahlen 1994

Hansruedi Iten*	FDP
Jolanda Aschwanden	FDP
Josef Ribary	FDP
Max Toggenburger*	SP
Markus Häusler	CVP

Proporz sprengt Filz in Oberägeri

Wie absurd der Majorz ist, zeigt Oberägeri exemplarisch: 1990 wurde das FORUM listenstärkste Partei - und hätte im Majorz trotzdem keinen Sitz im Gemeinderat erhalten. Dank Proporz wurde dem jahrzehntealten Oberägerer Filz ein Ende gesetzt.

Im Majorzsystem hätten neben der CVP die beiden anderen Parteien nichts zu bestellen, wären mehr oder



Oberägeri

Wahlen 1990

Hans Letter	CVP
Edy Iten-Schneider*	FDP
Josef Iten-Fischlin*	CVP
Josef Iten-Hürlimann*	FDP
Peter Meier	CVP

Nicht gewählt worden wären:

Werner Odermatt	FORUM
Irene Bilanz-Iten	FORUM

Wahlen 1994

Hans Letter*	CVP
Gustav Iten-Matter	CVP
Angelika Iten-Blattmann	CVP
Peter Hürlimann	FDP
Margot Blattmann	FDP

Nicht gewählt worden wäre:

Irene Bilanz-Iten*	FORUM
--------------------	-------



weniger davon abhängig, wieviele Sitze die CVP übriglässt. Fast unmöglich scheint die Verteidigung des FORUM-Sitzes nicht nur wegen des angekündigten Rücktrittes von Irene Bilangiten, sondern auch wegen des notwendigen absoluten Mehrs, das für das FORUM ausser Reichweite ist.

Menzingen: frischer Wind dank Proporz

Was dem FORUM Oberägeri 1990 gelungen ist, nämlich die absoluten Mehrheitsverhältnisse zu sprengen, schafften die Freien Wähler 1994

 Menzingen	
Wahlen 1990	
stille Wahlen (4 CVP, 1 FDP)	
Wahlen 1994	
Agata Köpfler*	CVP
Annemarie Staub*	FDP
Urs Zahner*	CVP
Josef Christen	CVP
Hans Barmet	CVP
<i>Nicht gewählt worden wären:</i>	
Herbert Zürcher	FW
SebyElsener	FW

in Menzingen - dank dem Proporz!

Im Majorzsystem würde die absolute Mehrheit der CVP weiter andauern. Gerade in einer Gemeinde wie Menzingen müssten die NeuzuzügerInnen also ein eminentes Interesse an der Verteidigung des Proporz haben. Das völlig überraschend knappe Menzinger Ergebnis der Abstimmung vom 8. Juni weist darauf hin, dass genau dieses Bewusstsein dank des nicht weit zurückliegenden Wahlsieges der Freien Wähler noch wach ist und viele Neinstimmen mobilisiert hat.

Reinigender Proporz in Neuheim

Neuheim, ein schönes Beispiel für den Bisherigen-Effekt. 1990 unter dem Majorzsystem klar nicht gewählt, hätte der Biobauer Daniel Schillig vier

Jahre später als Bisheriger die Wahl auch im Majorz spielend geschafft. Damals war noch nichts über seine Zugehörigkeit zur Universalen Kirche bekannt.

Dass im Proporz Fehlleistungen in der Amtsführung sich eher auswirken, zeigt 1990 die Abwahl von Peter Moll, dessen Personalentscheide die Gemeinde einiges an Geld kosteten.

Der 1994 erst im zweiten Wahlgang gewählte Karl Obrist musste als Folge das Amt des Bauvorstehers abgeben - im Majorz wäre er im ersten Wahlgang gewählt worden und trotz

 Neuheim	
Wahlen 1990	
Gregor Kupper*	CVP
Hans Sidler*	FDP
Karl Obrist*	CVP
Peter Moll	CVP
Bruno Deuber	FDP
<i>Nicht gewählt worden wäre:</i>	
Daniel Schillig	FW
Wahlen 1994	
Gregor Kupper*	CVP
Daniel Schillig*	FW
Anton Keiser	CVP
Karl Obrist*	CVP
Theres Arnet	FDP

Interessenkollisionen wohl Bauchef geblieben. Moll und Obrist engagieren sich übrigens für den Majorz...

Stilles Walchwil

Hier gilt es das Gleiche anzumerken wie in Unterägeri: Falls sich irgendwann einmal eine oppositionelle Gruppierung in Walchwil bei Wahlen zu Wort melden würde, hätte sie nur im Proporz eine Chance.

 Walchwil	
Wahlen 1990/1994	
stille Wahlen	

CVP forever?

Ziehen wir Bilanz: In 8 von 11 Gemeinden würde das Majorzsystem der CVP die absolute Mehrheit entweder sichern oder wieder zurückgeben. Ausnahme ist Unterägeri, wo der Majorz die absolute Mehrheit der FDP zementiert. Unsicher wären die Konsequenzen eigentlich nur in der Stadt Zug und in Steinhausen. Sitzverluste der SP sind vorprogrammiert in vier Gemeinden und drohen in zwei Gemeinden. Sitzverluste der alternativen Gruppierung sind fast sicher in zwei Gemeinden, kaum zu halten sind die Sitze über kurz oder lang in zwei weiteren Gemeinden. Ebenso schwer wiegt aber die Aussicht, in drei weiteren Gemeinden kaum Sitze zurückzugewinnen oder neu zu erobern.

Majorz bedeutet konkret in einer Mehrheit der Gemeinden eine reine CVP/FDP-Zusammensetzung. Im schlimmsten Fall bleiben in 5 Jahren noch zwei oder drei kommunale Regierungen mit alternativer oder SP-Mitwirkung. Für den Rest gibt es CVP/FDP-Eintopf.

Das muss im kurzen, heftigen Abstimmungskampf klar gemacht werden, denn dass eine Mehrheit der ZugerInnen diesen Eintopf wirklich will, mag ich nicht glauben.

Und die SVP?

Schwierig nachzuvollziehen ist die unentschiedene Haltung der SVP. Die Analyse der SVP-Resultate in den Gemeinden zeigt klar, dass sie als kleine Partei nämlich derselben elektoralen Gesetzmässigkeit unterliegt wie alle anderen kleineren Parteien. Ohne Proporz hat die SVP in absehbarer Zeit in keiner einzigen Gemeinde die Chance, ins Rathaus einzuziehen, selbst wenn sie stimmenmässig zulegen könnte.

Ob der Traum von der bürgerlichen Einheitsliste der Grund ist? Der dürfte im Majorz wohl über kurz oder lang zum Alptraum werden. ■

Die nächste Abstimmung kommt bestimmt!

Ende August bewilligte der Kantonsrat in 1. Lesung den Teilrichtplan Abbau- und Rekultivierungsgebiete 1997. Damit sagte er ja zu zwei umstrittenen Kiesabbaugebieten in der Moränenlandschaft Menzingen-Neuheim. Der folgende Artikel zeigt auf, warum auf eine Erweiterung dieser Abbaugebiete verzichtet werden kann und muss.

Reto Hunziker*

Der Teilrichtplan Abbau- und Rekultivierungsgebiete legt für den Kanton Zug vier Kiesabbaugebiete fest: Die bestehenden Abbaugebiete Äbnetwald (Cham), Hintertann-Winzenbach (Neuheim) und Bethlehem (Menzingen) sollen erweitert und in Hatwil (Cham) soll ein neues Abbaugebiet ausgeschieden werden. Unbestritten ist nur das Gebiet Äbnetwald.

Landschafts- und Gewässerschutz spricht gegen Kiesabbau

Die Abbaugebiete Hintertann-Winzenbach und Bethlehem befinden sich in einer Landschaft von nationaler Bedeutung (BLN), in der Moränenlandschaft Menzingen-Neuheim. Sie ist eine voralpine Flusslandschaft von «ursprünglicher Schönheit» und gilt als die «grossartigste Moränenlandschaft der Schweiz» (aus: BLN-Inventarbeschreibung Objektblatt Nr. 1307). Durch die geplanten Erweiterungen würde es zu einer weiteren Beeinträchtigung dieser einmaligen Moränenlandschaft kommen. Ein Abbau könnte die Grundwasservorkommen und damit die Wasserversorgung für die Zuger und Zürcher Bevölkerung beeinträchtigen. Insbesondere das Gebiet Bethlehem ist für den Kanton Zug von grosser Bedeutung, da gleich unterhalb von Bethlehem die Wasserwerke Zug (WWZ) eine Quellfassung betrei-

ben. Selbst die Regierung hegt in der Vorlage vom 18. März 1997 Zweifel und fragt sich, «ob die Erweiterung überhaupt generell oder im vorgesehenen Umfang möglich ist». Vor diesem Hintergrund ist eine Erweiterung nicht zu verantworten.

Bedarf nicht ausgewiesen

Das Moränenschutzgesetz, das dank der 1988 von den Zuger StimmbürgerInnen angenommenen Moränenschutzinitiative in Kraft trat, hält fest, dass nur bei Vorliegen eines «überwiegenden öffentlichen Interesses» der Kantonsrat eine Ausnahmegewilligung für einen weiteren Kiesabbau in der Moränenlandschaft Menzingen-Neuheim erteilen darf. Im Klartext heisst das, dass nur im Falle eines «Kiesnotstandes» eine Ausnahmegewilligung gerechtfertigt wäre. Doch von einem Kiesnotstand kann keine Rede sein; auch ohne einen weiteren Kiesabbau in der Moränenlandschaft bleibt die regio-

nale Kiesversorgung auf mindestens zwei Jahrzehnte hinaus sichergestellt. Doch für die BefürworterInnen auf der bürgerlichen Seite ist ein anderes Argument ausschlaggebend. Falls der Kantonsrat die Gebiete Bethlehem und Hintertann-Winzenbach aus dem Teilrichtplan streichen würde, hätte die Firma Gebr. Risi AG in wenigen Jahren ein Abbaumonopol im Kanton Zug. Wie unangenehm dies auch sein mag, doch die Verhinderung eines Kiesabbaumonopols ist kein überwiegendes öffentliches Interesse im Sinne des Moränenschutzgesetzes. Auch das Bundesgericht bewertete den Landschaftsschutz höher als die Abbaupläne der Sand AG. Hält der Kantonsrat in zweiter Lesung an seinem Entscheid fest, ist das Referendum der Umweltorganisationen (Pro Natura Zug, WWF Zug, Zuger Heimatschutz, Stiftung naturnahes Zugerland) so gut wie sicher. ■

*Reto Hunziker WWF-Regionalkoordinator



Von einem Kiesnotstand kann keine Rede sein

Bild R. Hunziker

«Lädele» ist nicht Einkaufen!

«Zwe Obigverchäuf ond am Samschtig bes am siebni - Jessesnei, wie söll so öppis räntiere!» «D'Chunde schnöiggid nur e chli länger, aber chaufe tönd's ned meh.» «Am liebschte würd ech au i mim Metalli-Lade scho am Vieri zuotue, aber d'Migros zwengt öis, am Samschtig bes am Föifi offezha.» «Wo find ech dänn no qualifiziert Personal, wenn's am Samschtig erscht am halbi Ahti heichunnt? Säged Sie mer, we do s'Familieläbe no sell fonktioniere!»

Toni Kleimann*

So oder ähnlich tönte es auf meiner Runde durch die Detailläden. Mindestens 90% der direkt betroffenen Inhaber und ihrer Angestellten rissen sich um die Unterschriftenbogen des Referendums gegen unsinnig lange Ladenöffnungszeiten auf Kosten von Verkaufspersonal und Detailhandel. Je länger ich unterwegs war, um so mehr fragte ich mich, wie die Geschäftsführerin des Gewerbeverbandes des Kantons Zug, Kantonsrätin Andrea Hodel (FdP), der Idee verfallen konnte, mittels Motion die Ladenöffnungszeiten liberalisieren zu wollen. Ihr Anliegen steht etwa gleich schräg in der Landschaft, wie wenn der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug für seine Mitglieder längere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn verlangen würde.

Volk kann Stellung nehmen

Unsere anfängliche Skepsis, während der Sommerferienzeit die nötige Anzahl Unterschriften zu sammeln, erwies sich bei weitem als unbegründet. Der Mut wurde mit ca. 3'000 Unterschriften belohnt. Das grosse Engagement vieler Detaillisten, allen voran die Drogerie Dahinden in Rotkreuz, die Papeterie Seeliger im Herti Zug und die Käserei Dubach in der Neustadtpassage, war für diesen Erfolg Voraussetzung. Aber auch den Gewerkschaftern um Nick Limacher und um Bruno Bollinger gehört ein spezieller Dank.

Das Volk kann am 23. Nov. zu den Ladenöffnungszeiten Stellung nehmen. Ich erhoffe mir nebst der Diskussion um die Liberalisierung eine starke Sensibilisierung für die Anliegen der kleineren Geschäfte. Daneben wird es möglich, coram publico die Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen und Verkäufer zu thematisieren. Wer weiss, vielleicht wird dieser Abstimmungskampf zum Beginn einer sich organisierenden Bewegung der direkt betroffenen VerkäuferInnen.



KundInnen wollt Ihr ewig shoppen?

Bild B. Weiss

Grossverteiler wären Gewinner

Viele kleine Geschäfte könnten es sich aus wirtschaftlichen und persönlichen Gründen gar nicht leisten, ihre Geschäfte länger offen zu halten. Dieses Abseitsstehen erbrächte für sie einen weiteren Konkurrenznachteil. Die unmittelbaren Profiteure einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wären die Grossverteiler Migros, Coop, Manor, EPA u.a. Eine Umsatzsteigerung dieser 'Grossen' im Verkaufskonzert ginge mit absoluter Sicherheit wieder einmal mehr zu Lasten der kleineren Geschäfte. Und gerade für diese kleinen Geschäfte gilt es einzustehen. Sie garantieren die Versorgung auch draussen in den Dörfern, bieten Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Nicht selten wurden gerade in letzter Zeit bei den bürgerlichen Parteien Thesen zur Stärkung der «Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)» entwickelt. Ich frage mich ernsthaft, wie ehrlich solche Arbeitspapiere oder Lippenbekenntnisse gemeint sind, wenn die praktische Politik im bürgerlich dominierten Kantonsrat das pure Gegenteil bewirkt.

Angst

Schockiert war ich von Reaktionen einiger Verkäuferinnen bei Grossverteilern. Bei der Konfrontation mit dem Referendumsanliegen wich die anfänglich spontane Begeisterung einem erschreckten 'Um-sich-blicken'. Mit Angst in der Stimme wurde ich gebeten, mich von ihnen

«Grossstadt» Baar, Zug, Cham und Steinhausen?

Reto Nussbaumer hat es in der Neuen ZZ vom 17. Mai 97 auf den Punkt gebracht: «Im ganzen Kanton gibt es gemeindliche Nahtstellen: beispielsweise liegt das Arbachgebiet, welches neu überbaut wird, auf Baarer Boden, die Zubringerstrassen jedoch auf Zuger Boden. Genauso sind die neuen Büro- und Geschäftshäuser in der Baarer matte Baarer Gemeindegebiet, die Verkehrserschliessung liegt aber momentan zu einem guten Teil in Zuger Hand, hier wurde verpasst, genügend früh die vorher schon bekannten Probleme zu lösen.»

zu entfernen. Der bisher unsichtbare Chef schien in Orwellscher Grösse hinter jedem Regal aufzutauchen. Ich empfand Verständnis für diese Angst, und trotzdem machte mich die mangelnde Zivilcourage traurig. Einmal mehr wurde mir schmerzlich bewusst, dass sehr oft Mutlosigkeit gesellschaftliche Fehlentwicklungen erst ermöglicht.

Welche Bedürfnisse?

Je länger ich mich mit dem Anliegen längerer Ladenöffnungszeiten auseinandersetze, desto mehr habe ich den Verdacht, mich mit einem 'unechten Bedürfnis' konfrontiert zu sehen. Natürlich wird es einige KundInnen geben, die von amerikanischen Grossstadt-Verhältnissen träumen und das 'Rund-um-die-Uhr-Einkaufen' schätzen. Das museumsähnliche Flanieren von Schaufenster zu Schaufenster, von der Latzhose zum Deux - Pièces und wieder zurück mag auch an zwei Abenden pro Woche einen gewissen Reiz haben. Aber wenn dadurch die Lebensqualität des Verkaufspersonals eingeschränkt und die Existenz der kleineren Läden bedroht wird, dann wird der so geforderte Kundenservice relativiert.

Soviel Solidarität mit dem Verkaufspersonal muss sein. Deshalb sagen wir Nein zu den vorgeschlagenen neuen Ladenöffnungszeiten. ■

*Mitinitiant des Referendums gegen längere Ladenöffnungszeiten

Jean-Baptiste Huber

Cham und Steinhausen sind im Industrie- und Gewerbegebiet zwischen dem Einkaufszentrum «Zugerland» und der Kreuzung Alpenblick bereits zusammengewachsen. Zug und Steinhausen berühren sich im Gebiet Ammannsmatt, während sich gleichzeitig die Industriegebiete Sumpfstrasse (Zug), Kollermühle (Zug/Cham) und Hinterbergstrasse (Cham/Steinhausen) einander annähern. In der Vergangenheit ist die Entwicklung dabei im Regelfall nicht langsam und kontinuierlich, sondern schubweise und nur beschränkt kontrolliert verlaufen. Ein sichtbares Beispiel dafür ist das Industrie- und Gewerbegebiet Hinterbergstrasse zwischen dem Einkaufszentrum «Zugerland» und der Kreuzung Alpenblick, das sich nach allmählicher Bebauung im Laufe der 80er Jahre explosionsartig ausdehnte und verdichtete. Jüngstes Beispiel ist die Entwicklung entlang der Baarer- bzw. Zugerstrasse zwischen Zug und Baar. Die SGA-Gemeinderätin Ivana Calovic hat für die stürmische und nur beschränkt geplante Entwicklung in diesem Gebiet den Begriff «Las Vegas» geprägt.

100'000 Einwohner?

Zur Abschätzung der künftigen Entwicklung des Kantons Zug hat die Baudirektion 1995 eine Einwohner- und Arbeitsplatzprognose für

das Jahr 2020 bestellt. Die Studie stellte drei Szenarien mit unterschiedlicher Entwicklung (Stagnation, gemässigt Wachstum, Expansion) dar. Der Regierungsrat hat beschlossen, der weiteren Planung im Kanton Zug das Szenario «gemässigt Wachstum» zugrunde zu legen. Dieses erwartet eine Erhöhung der Einwohnerzahl von 90'200 (1994) auf 99'300 im Jahr 2020.

Geplante Grossstadt...

Gestützt auf dieses Szenario umschreibt der verantwortliche Raumplaner, Andres Nydegger, in einem Interview mit Reto Nussbaumer die raumplanerischen Vorstellungen der kantonalen Baudirektion wie folgt: «Die weitere Zunahme der Arbeitsplätze und der Wohnbevölkerung wird das optische Erscheinungsbild der Siedlungen verändern. Wie stark diese Veränderungen ausfallen werden, hängt unter anderem davon ab, ob es gelingt, das Ziel der haushälterischen Bodennutzungen (z.B. durch die Erneuerung des Landis & Gyr-Areals) konsequent umzusetzen beziehungsweise die konsequente Trennung von Baugebiet und Nichtbauggebiet und die traditionelle Zuger Siedlungsstruktur aufrechtzuerhalten. Beispielsweise dadurch, dass das Zusammenwachsen der traditionellen Siedlungen durch die Festlegung von sogenannten Siedlungstrennräumen im kantonalen Richtplan verhindert wird.» (Neue ZZ vom 17. Mai 1997).

Zentral und zweifellos richtig an diesem Konzept ist, dass es auf einem klaren Grundsatzentscheid basiert - nämlich die traditionellen Zuger Siedlungsstrukturen zu erhalten und das Zusammenwachsen der Siedlungen zu verhindern.

Inhaltlich halte ich den getroffenen Entscheid allerdings für falsch. Er beruht auf einer zu engen Auslegung des Begriffs der haushälterischen Nutzung des Bodens, wie ihn das eidgenössische Raumplanungsgesetz verlangt. Bereits heute sind die Siedlungsränder der Gemeinden Baar, Zug, Cham und Steinhausen weitgehend zerfleddert und zumindest die Industrie- bzw. Gewerbegebiete dieser Gemeinden berühren sich. Für eine wirkungsvolle Siedlungsbegrenzung zwischen diesen Gemeinden ist es deshalb zu spät. Die einzige - negative - Auswirkung einer Siedlungsbegrenzung, die sich auf die einzelnen Gemeinden Baar, Zug, Cham und Steinhausen be-

zieht, ist eine künstliche Verknappung des Raumangebots in diesen vier Gemeinden. Dies führt schon heute (zusammen mit weiteren Faktoren) dazu, dass sich die Bautätigkeit schwergewichtig in die Gemeinden Rotkreuz und Hünenberg verlagert, in denen neue Wohngebiete und infrastrukturarme Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsgebiete entstehen. Letztere ziehen schon aufgrund ihrer Lage und schlechten Erschliessung durch öffentlichen Verkehr vor allem Autopendler an.

...statt Zersiedelung

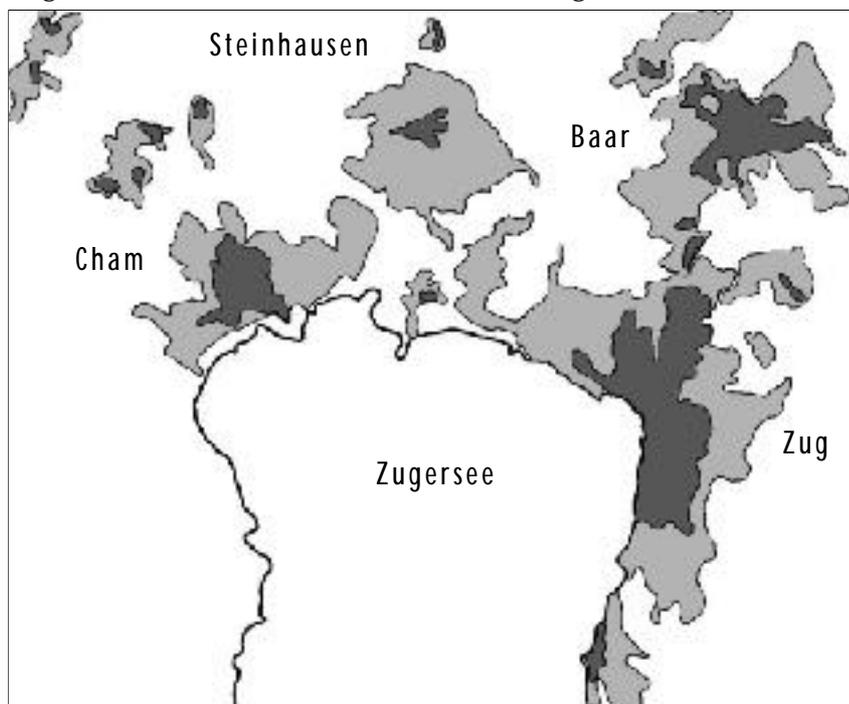
Der - vordergründig - haushälterische Umgang mit dem Boden durch eine auf die Erhaltung der traditionellen Siedlungsgrenzen der Gemeinden Baar, Zug, Cham und Steinhausen gerichtete Politik bewirkt deshalb längerfristig eine wuchernde Vergrößerung aller - auch der bislang eher ländlichen - Ge-

meinden im Kanton Zug. Die Ergebnisse einer derartigen Entwicklung lassen sich im Bösch in Hünenberg und am Ortseingang Rotkreuz besichtigen. Bezogen auf den ganzen Kanton Zug begünstigt diese Politik deshalb eine Zersiedelung, die dem raumplanerischen Gebot des haushälterischen Umgangs mit dem Boden gerade widerspricht.

Frühzeitige Diskussion

Für einen haushälterischen Umgang mit dem Boden (und weiteren Ressourcen wie der Luft etc.) ist es deshalb notwendig, die Gemeinden Baar, Zug, Cham und Steinhausen kontrolliert und geplant zu einer grösseren Stadt zusammenwachsen zu lassen. Bereits wohnen 60'000 der 93'000 EinwohnerInnen des Kantons Zug in diesen vier Gemeinden. Vereinigen wir diese Gemeinden zu einer gegen aussen scharf begrenzten Stadt und lenken den künftigen Zuwachs an Arbeitsplätzen und EinwohnerInnen gezielt in dieses Gebiet, so schaffen wir ein - auch wirtschaftlich - attraktives urbanes Zentrum mit kurzen Verkehrswegen und verhindern eine weitere gleichmässige Zersiedelung des gesamten Kantonsgebiets. Füllen wir diesen Entscheid heute, so steht noch genügend Land und Zeit zur Verfügung, um eine sinnvolle Zonenplanung festzulegen, grosszügige Grünflächen auch im Stadtinnern auszuscheiden und die öffentlichen Verkehrsverbindungen (Bus, Stadtbahn) optimal festzulegen.

Auch wer sich nicht für die «Grossstadt» Zug erwärmen kann: Wichtig ist, dass wir die grundsätzliche Frage, wie die weitere Entwicklung verlaufen soll, unter allen alternativen Gruppierungen im Kanton Zug frühzeitig, d.h. noch vor der bevorstehenden Revision des kantonalen Richtplans, diskutieren. ■



Die Agglomeration Zug 1948 (Dunkelgrau) und 1997 (Hellgrau)

Plan R. Nussbaumer

Schweiz als Bioland?

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Interessengemeinschaft für eine biologische Zuger Landwirtschaft haben wir ein Gespräch geführt mit Hanni Frey, 60, Primarlehrerin, Finstersee, Naturschützerin, ehemaliges Vorstandsmitglied WWF Zug, Vorstandsmitglied IG Bio, und mirt Toni Niederberger, 36, Biobauer, Zug, Präsident der Zuger Biobauern, Gründungsmitglied der IG Bio, Vorstandsmitglied der VSBLO (Vereinigung schweizerischer biologischer Landbau-Organisationen)

Natalie Chiodi und
Martin Stuber*

Bulletin: Wie habt ihr in der IG Bio den runden Geburtstag gefeiert?

Hanni Frey: Wir haben eine GV ohne Referat abgehalten und anschliessend allen Anwesenden ein Essen mit Zuger Bioprodukten offerieren können...

Toni Niederberger:...dazu gab es einen Presserückblick, den Dani Brunner gehalten hat.

Bulletin: Wie ist es zur Entstehung der IG Bio gekommen?

Hanni Frey: Den Anstoss gegeben hat das Grossprojekt «Zugersee-Sanierung» der Zuger Baudirektion, bei dem mit zwei Stollen der Zugersee mit Wasser des Vierwaldstättersees hätte durchspült werden sollen.

Toni Niederberger: Denn diese «Zugersee-Sanierung» hätte an den Ursachen nichts geändert. Die Haushaltsabwässer waren zu diesem Zeitpunkt schon fast alle gefasst und deshalb war es klar, dass die Überdüngung zum grossen Teil aus der Landwirtschaft kommen musste. Mit der Überzeugung, dass man mit dem biologischen Landbau den Nährstoffeintrag in den See in den Griff bekommen kann, wurde im Frühling 1987 die IG Bio mit ca. 40 Mitgliedern gegründet.

Bulletin: Wie hat sich die Mitgliederzahl seither entwickelt?

Hanni Frey: Der Rundbrief wird an ca. 500 Personen verschickt, zah-

lende Mitglieder haben wir in der IG Bio heute ca. 150. Wir sind und bleiben eine kleine Gruppierung.

Bulletin: Richtig bekannt geworden ist die IG Bio aber mit der Umstellungsstudie?



«**Mich ärgert (...) die Politik der Migros.**»

Bild Bulletin

Hanni Frey: Ja, zwei Agronomen erstellten sie, indem sie während fast einem Jahr landwirtschaftliche Betriebe abklapperten, begutachteten und abklärten, ob es überhaupt machbar wäre, den ganzen Kanton auf biologischen Landbau umzustellen. Und die Studie besagte dann auch klar, dass drei Viertel aller Bauern im Kanton Zug ohne übermässig grossen Aufwand umstellen könnten, vor allem im Berggebiet. Leider hat die Studie in der ganzen Schweiz und sogar im

Ausland mehr Aufsehen erregt und mehr bewirkt als im Kanton Zug.

Toni Niederberger: Heute - 10 Jahre später - hat die Praxis die Umstellungsstudie eigentlich eingeholt. Im Kanton Graubünden z.B. hat das ganze Hinterrheintal auf biologische Landwirtschaft umgestellt. Insoweit hat man heute auch den Praxisbeweis dafür, dass diese Studie seriös war.

Bulletin: Wie hatte die Bevölkerung auf die Gründung der IG Bio reagiert?

Toni Niederberger: Weil die Mitglieder mehrheitlich aus der umweltbewegten Szene, WWF und SGA stammten, wurde die IG Bio schnell ins links-grüne Spektrum abgeschoben. Es ging relativ lange, bis sie aus dieser Ecke herausgekommen ist. Und da die Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern konservativ-liberal eingestellt ist, erstaunt es nicht, dass die grosse Mehrheit sich nichts sagen oder erklären lassen wollte von Grünen.

Hanni Frey: Dabei geht es auch um Machterhaltung. Man wollte die vielen Vorteile, die man im alten System hatte, nicht einfach so aufgeben. Aber was noch schmerzlicher war, dass auch die Biobauern keine grosse Freude an der Arbeit der IG Bio hatten. Als ich feststellen musste, dass auch die Biobauern sich von uns distanzieren, war ich zeitweise nahe daran, meine Arbeit bei der IG Bio aufzugeben.

Toni Niederberger: Es ging halt einfach sehr lange, bis man sachlich

miteinander diskutieren konnte und es nicht mehr nur hiess: «Ja, die Sozialisten, sie wollen ja nur die eigene Landwirtschaft zerstören, damit man alles importieren kann und die Arbeiter billige Nahrung haben» oder «wir werden wieder Hungersnot haben».

Bulletin: Wie haben die Behörden auf die Umstellungsstudie reagiert?

Hanni Frey: Die Behörden haben eher positiv reagiert. Das war sicher ein Faktor, dass im Kantonsrat die Umstellungsbeiträge politisch so schnell bewilligt wurden. Was ohne

während längerer Zeit ein Thema, zu dem wir Vorträge organisierten. Wir haben Agronomen eingeladen, die über Bodenbelastungen, -lebewesen, -bewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung etc. referierten. Diese Vorträge waren in erster Linie für Landwirte gedacht.

Toni Niederberger: Auch wenn im Kanton Zug über längere Zeit emotional und polemisch über die Vorschläge der IG Bio diskutiert wurde, hat schliesslich doch die dauernde Diskussion um die biologische Landwirtschaft einige Bäuerinnen und Bauern zum Umdenken gebracht. Zum Beispiel wurden die

sche Direktzahlungen mit Auflagen, Deklarationspflicht der Nahrungsmittel, Einhaltung von Tierschutz etc.. Die verschiedenen Landwirtschaftsabstimmungen wurden im Kanton Zug von der IG Bio stark mitbestimmt.

Toni Niederberger: Mehrere Male haben wir gefordert, dass die Landwirtschaftliche Schule Schluethof auf biologischen Landbau umstellen soll. Soweit ist es noch nicht, aber wenigstens ist der Bio-Landbau jetzt ein Wahlpflichtfach und zwei landwirtschaftliche Lehrer haben sich zu Bio-Beratern ausbilden lassen.

Hanni Frey: Das ist ein grosser Fortschritt, wenn man bedenkt, dass man dem Direktor des Schluethofs noch bis vor ein paar Jahren nachsagte, solange er dort sei, werde es den Bio-Landbau im Schluethof nicht geben. Heute rühmt er sich, wie fortschrittlich der Kanton Zug bezüglich biologischem Landbau sei.

Toni Niederberger: Die IG Bio, vor allem Hanni, hat sich zu Beginn stark engagiert bei der Hilfe, biologische Produkte zu vermarkten. Und schliesslich hat die IG Bio jahrelang das Verzeichnis der Zuger Bio-Bauern herausgegeben.

Hanni Frey: Unsere Glanzpunkte nach aussen waren immer unsere Hofbesichtigungen, die in der Bevölkerung gut angekommen sind.

Bulletin: Kann man denn heute mit der Mehrheit der Bauern über Bio-Landbau diskutieren?

Toni Niederberger: Ja, was vor zehn Jahren noch ziemlich schwierig bis unmöglich war, ist heute eigentlich kein Problem mehr.

Bulletin: Weshalb werden dann 1997 im Kanton Zug z.B. erst 55 von 650 landwirtschaftlichen Betrieben nach biologischen Grundsätzen geführt?

Toni Niederberger: Man findet es mittlerweile gut, wenn andere bio-



«Vor allem bei Fleisch und Eiern ist die Label-Verwirrung perfekt.»

Bild Bulletin

die Umstellungsstudie und die IG Bio wahrscheinlich nicht der Fall gewesen wäre.

Toni Niederberger: Diese Beiträge wurden vom Kanton für zehn Jahre bewilligt, danach müssen sie wieder neu bewilligt werden. Sie werden einem umstellungswilligen Bauern während zwei Jahren ausbezahlt und dann durch Direktzahlungen abgelöst.

Bulletin: Was hat die IG Bio in diesen 10 Jahren sonst noch erreicht?

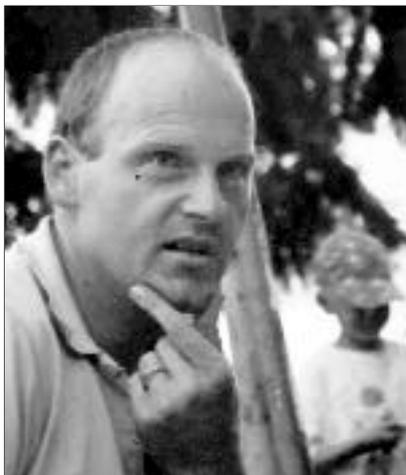
Hanni Frey: Der Boden war

viehwirtschaftlichen Beratungsgruppen schon relativ früh vom Kanton dazu angehalten, dass sie den Bio-Landbau für das Berggebiet thematisieren sollen. Auf diesem Weg haben sehr viele Bauern zumindest bereits einmal aus den offiziellen Kreisen vom biologischen Landbau gehört.

Hanni Frey: Unsere Arbeit hat auch immer darin bestanden, bei Regierungen vorstellig zu werden, sowohl in Bern als auch beim Zuger Regierungsrat. In unseren Schreiben machten wir uns stark für ökologi-

logisch bauern, aber für sich selber kann man es sich nicht vorstellen. Oder es herrscht die Meinung vor, wenn alle biologische Landwirtschaft betreiben würden, wären es zu viele, man könnte die Produkte nicht mehr absetzen, und die Preise würden zusammenbrechen.

Bulletin: Das ist ja das Argument, das CVP-Kantonsrat Hegglin



«Ich habe den Wunsch, dass die ganze Schweiz biologisch bewirtschaftet würde». Bild Bulletin

- mittlerweile Vizepräsident des Schweizerischen Bauernverbandes - immer bringt. Stimmt das denn?

Toni Niederberger: Das ist sehr unterschiedlich. Beim Getreide besteht zur Zeit 40% Eigenversorgung und 60% des biologischen Getreides wird importiert. Beim Fleisch und bei der Milch kann heute der Markt abgedeckt werden. D.h. es besteht sogar eine gewisse Sättigung. Wobei man dazu sagen muss, dass sich der Anteil der Biobauernhöfe 1996 gesamtschweizerisch verdoppelt hat. Und da ist es logisch, dass in gewissen Bereichen der Markt aus dem Gleichgewicht ist.

Bulletin: Wie wollt ihr die Nachfrage ankurbeln?

Toni Niederberger: Noch vor

10 Jahren konnte man nur auf dem Markt, auf dem Bauernhof, in Bioläden und Reformläden biologisch einkaufen. Heute hat fast jeder Laden ein Bio-Sortiment. Dank dem Einstieg von Coop und nachträglich auch der Migros ist ein grosser Rutsch passiert, v.a. bezüglich Absatz der Milchprodukte. Ohne die Grossverteiler wäre es nicht denkbar, dass alle Bio-Milch verkauft würde. Vor allem Coop fördert z.B. die Milchprodukte gezielt, indem er sagt, die umweltfreundlichste Verpackung ist der Bio-Milch vorbehalten. Du kannst bei Coop im Schlauchbeutel heute gar keine andere Milch mehr kaufen. Die Bio-Organisationen versuchen daher natürlich, mit den Grossverteilern im Gespräch zu bleiben.

Hanni Frey: Mich ärgert in diesem Zusammenhang die Politik der Migros. Anstatt, dass sie das Knospen-Label des biologischen Landbaus übernimmt, schafft sie dauernd eigene Label. Besonders gemein ist das Migros-Sano-Label, das optisch leicht mit dem Migros-Bio-Signet verwechselt werden kann, aber nicht die strengen Anforderungen des biologischen Landbaus erfüllen muss.

Bulletin: Ist der Einstieg der Grossverteiler ein Nachteil für die Vermarktung der Bio-Produkte ab Hof?

Toni Niederberger: Ich glaube nicht, dass das ein Nachteil ist. Die Angebote von Direktvermarktung sind im Steigen, denn Lebensmitteleinkauf ist immer mehr auch Vertrauenssache und deshalb geht man gern direkt zur Bäuerin und zum Bauern. Die Direktvermarktung profitiert vielleicht sogar noch davon, dass Bio-Produkte durch die Grossverteiler bekannt gemacht werden. Und einen Vorteil darf man nicht vergessen: das Angebot des Bio-Bauernhofs hat sicherlich keine langen Transportwege hinter sich.

Bulletin: Durch das zunehmende Angebot an biologischen Produkten wird es aber auch immer schwieriger, die Spreu vom Weizen zu trennen. Für die KundInnen ist es verwirrend, bei jedem Produkt nach dem Label zu suchen und noch zu wissen, was es bedeutet.

Toni Niederberger: Ja, vor allem bei Fleisch und Eiern ist die Label-Verwirrung perfekt. Es gibt so viele Öko- und Tiergerechtigkeits-Label, dass der Überblick für die KonsumentInnen fast nicht mehr möglich ist.

Hanni Frey: Für mich ist vor allem die Integrierte Produktion (IP) ein Problem, weil ich sie hautnah miterlebe. In meiner Nachbarschaft leben einige IP-Bauern. Da die IP-Landwirte ihren Gifteinsatz selber bestimmen, ist die Schwelle für einen Einsatz manchmal schon sehr gering. Ich befürchte, dass der Bund die Integrierte Produktion und den biologischen Anbau gleichstellt. Dabei sollen die Direktzahlungen an Bio-Bauern eindeutig höher sein als

Die treibende Kraft

Er hat es im SGA-Bulletin 1/95 selber als «eines der erfreulichsten Kapitel meines Politlebens» bezeichnet. Tatsächlich kann Dani Brunners Arbeit als treibende Kraft in der IG Bio gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir haben im vorliegenden Interview aber bewusst zwei in der Öffentlichkeit weniger bekannte, aber nicht minder engagierte IG-Bio AktivistInnen zu Wort kommen lassen. Etwas, was die Bulletin-Redaktion in Zukunft vermehrt berücksichtigen möchte: die Vielfalt in der rot-grün-violetten Bewegung und ihrer aktiven Leute aufzuzeigen.



«Die Direktzahlungen an BIO-Bauern sollten eindeutig höher sein als an IP-Bauern».

Bild Bulletin

an IP-Bauern, denn ihre Arbeit ist grösser. Doch die bäuerlichen Parlamentarier in Bern sind vorwiegend konventionelle oder IP-Bauern, die dafür sorgen, dass sie in den Genuss der Direktzahlungen kommen. Noch darf IP den Begriff «ökologisch» verwenden, was wirklich eine Katastrophe ist. Die Bauernverbände wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Toni Niederberger: Integrierte Produktion ist ganz klar konventio-

nelle Landwirtschaft, allerdings mit gewissen Qualitätskontrollen. Es geht hier um die Verteilung des Kuchens bzw. um Geld.

Bulletin: Der Anteil der Biobauernhöfe gesamtschweizerisch hat sich 1996 verdoppelt. Wie geht die Entwicklung weiter?

Hanni Frey: Ich verspreche mir durch das auf Herbst 1997 eingeführte Diplom in der Spezialrichtung Biolandbau an der Landwirtschaftlichen Schule Schluechthof in Zug eine weitere Zunahme der Biobauern.

Bulletin: Eure Wünsche für die Zukunft?

Toni Niederberger: Die IG Bio soll ihre Vision behalten von der flächendeckenden, biologischen Bewirtschaftung der Böden. Das einzige Rezept ins nächste Jahrtausend zu kommen heisst: biologischer Landbau. Denn der Bio-Landbau funktioniert nicht als Business, sondern nur als kleine Struktur. Der weltweite Trend geht zwar in Richtung Industrialisierung und Entpolitisierung der Landwirtschaft. Ich habe den Wunsch, dass die ganze Schweiz biologisch bewirtschaftet würde. Die Schweiz entspricht auf dem europäischen Markt 2%. Das wäre für die

Schweiz vielleicht die Chance!

Hanni Frey: Boden, Wasser, Luft, das haben wir alle erhalten. Also sollen wir auch alle etwas dazu zu sagen haben. ■

Das Gespräch fand am 22. 8. 97 statt.

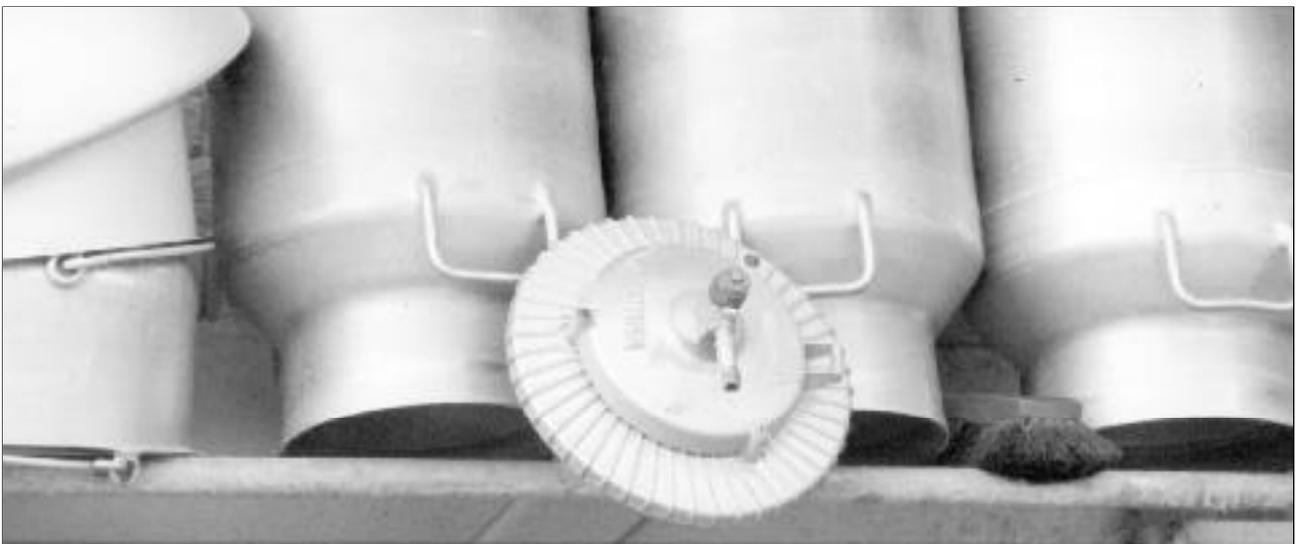
«Einkaufen bei den Zuger Bio-Bauern»

Die druckfrische Broschüre des Vereins Zuger Bio-Bauern wartet mit einem detaillierten Verzeichnis auf und kann gratis bezogen werden bei:

*Heidi Waltenspül
Sennweid
6345 Neuheim
Tel 755 27 76*

Wer bei der IG Bio Mitglied werden oder den Rundbrief erhalten möchte, wende sich an:

*IG für eine biologische
Zuger Landwirtschaft
Postfach
6301 Zug*



Von Frigos Maulkörben und Chnuspis Polizeigeschichten

Ganz im üblichen Rahmen ergoss sich an den beiden Sitzungstagen des Kantonsrates vor den Sommerferien eine geballte Ladung Traktanden über die Rattische in die Köpfe der ParlamentarierInnen.

Bevor die sommerlichen Grilladen aufgetischt werden konnten, musste noch einiges an geistiger Arbeit vollbracht werden, um die politischen Geschäfte in die richtigen Bahnen zu lenken. Dazu einige Impressionen zu vier Themen aus 22 Traktanden.

Toni Kleimann*

Die Fremdenfeinde

Neu - aber ganz und gar nicht überraschend - waren die Einwände vom Baarer SVP-Kantonsrat Beni Langenegger zu den Einbürgerungsgesuchen von AusländerInnen. Da sich seine Fraktion ausserstande sieht, die Bürgerrechtsbewerber auf ihre Schweiz-Tauglichkeit zu prüfen, werde sie sich inskünftig bei solchen Abstimmungen der Stimme enthalten. In welche Richtung ihre Vorbehalte gehen, illustrierte Langeneggers Aussage: «Ausserdem halten wir an einem Naturgesetz fest, das besagt, dass ein alter Baum nicht mehr verpflanzt werden kann.» Eine Position, die vor dem Hintergrund der statisch-unbeweglichen SVP-Politik ihrer Partei-Logik entspricht. Der Vordenker, Kantonsrat Flachsmann, hatte seine helle Freude am gelehrigen Fraktionsjungmann.

Die Lehrlinge des Frühkapitalismus

Die Sitzung vom 26. Juni bescherte uns die 2. Lesung zum 'Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und die Öffnungszeiten der Geschäfte'. Sybilla Schmid AF und Othmar Birri SP reichten zu dieser 2. Lesung Anträge ein. Der zweite wöchentliche Abendverkauf und die Verlängerung der Ladenöffnungszeit bis 19.00 Uhr am Samstag sollten bekämpft werden. Sybilla wies noch einmal unmissverständlich darauf hin, wer die grossen

Profiteure dieser neuen Regelung sein werden: «Einverstanden sind vor allem die Grossverteiler, nicht aber die Detaillisten und Fachgeschäfte.» Zur Freiwilligkeit des Mitmachens, meinte Sybilla, dies sei nur teilweise richtig. «Denn erstens gebietet das Gesetz der Konkurrenz eine Teilnahme und zweitens können Geschäfte in Einkaufszentren gegen ihren Willen vertraglich dazu verpflichtet werden, zwei Abendverkäufe mitzumachen.» Eindringlich wies sie darauf hin, dass das Personal mit Sicherheit zu Mehrbelastungen gezwungen würde, dies aller Voraussicht nach ohne entsprechende Vergütung.

Eine satte Mehrheit im Kantonsrat huldigte aber der Liberalisierungs- und Deregulierungsideologie: eine Politik, welche die Starken stärkt und die Kleinen (Detaillisten) noch mehr ins Abseits drängt. Circa 3'000 Referendumsunterschriften ermöglichen nun aber eine Volksabstimmung am 23. November 1997.

Ausser Spesen nichts gewesen

Dies ist der passende Titel für die Zweitaufgabe der Diskussion um die Weiterführung der ärztlichen Verschreibung von Betäubungsmitteln für das Jahr 1998. Eine absolut unnötige Debatte - da am 28. November 1996 schon geführt - brockte uns ironischerweise die Stawiko ein. Sie hoffte wider besseres Wissen der Fachleute auf Kosteneinsparungen bei der kontrollierten Heroinabgabe. Sybilla Schmid AF erinnerte den Sta-

wiko-Präsidenten an die erste Debatte hiezu und meinte: «Die Wiederholung der ganzen Diskussion war vorausehbar, nicht wahr, Toni Gügler!» Erfreulich war immerhin das Abstimmungsresultat: Sie ergab 46 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage, nur 19 Stimmen sprachen sich dagegen aus.

Ein Blick hinter die Majorz-Larve

Der Beginn der Nachmittagssitzung vom 3. Juli 1997 zeigte uns unmissverständlich, mit welcher politischen Kultur wir es nach der Einführung des Majorzes zu tun bekämen. Anlass dieses Diskussionspunktes war die Interpellation von Jo Lang 'betreffend Fehler und Unregelmässigkeiten bei der 1. Majorzabstimmung'. Regierungsrat Peter Bossard äusserte sich namens der Regierung selbstkritisch zu den Vorkommnissen. Nachdem Jo Lang sich mit der Beantwortung zufriedengab, kam die Zeit des Markus Frigo, FDP-Kantonsrat und ehemaliges Exekutivmitglied der Stadt Zug.

Mit einer Arroganz und Selbstherrlichkeit sondergleichen deckte er verschiedene hohe Exponenten der kantonalen und eidgenössischen Politik des Standes Zug mit Schelte ein. Reihenweise verteilte er Maulkörbe. Die Leviten verlas er der Präsidentin und dem Vizepräsidenten des Kantonsrates für ihr Engagement für den Proporz. Dieses Einstehen für eine politische Überzeugung erachtete er als «unschicklich, ungeschickt und nicht sehr kollegial». Die Regie-

rungsräte Urs Birchler und Hanspeter Uster mussten sich als nächste auf Frigos Anklagebank begeben. «Eine immer mehr zerfallende politische Kultur» ortete KR Frigo bei der Alternativen Fraktion, die es wagte, Landammann Robi Bisig an seinen eigenen Worten zu messen und ihm vor dem Hintergrund seiner ansonsten 'konkordanten Töne' das Engagement für den Majorz vorzuhalten. Dass sich alt Regierungsrat und noch Ständerat Andreas Iten erfrechte, mittels Leserbrief das Proporzwahlverfahren zu propagieren, geriet bei seinem Parteikollegen Frigo ebenso in den falschen Hals wie die Ausführungen von Nationalrat Georg Stucky. Völlig unglaubwürdig, ja geradezu als Hohn in den Ohren jedes demokratisch Denkenden musste nach all diesem Gezeter KR Frigos Schlusssatz anmuten: «Nun, unser Komitee, das dem Willen von Regierung und Kantonsrat zum Durchbruch verhelfen will, wird die Abstimmungsvorlage wiederum sachlich und fair vertreten.»

Wer die freie Meinungsäusserung so eingrenzen will und gleichzeitig noch von Fairness spricht, macht sich unglaubwürdig.

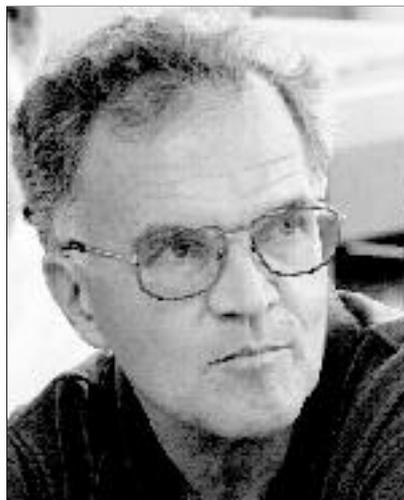
Die Unersättlichen

Auch bei der Diskussion um die Interkantonale Landeslotterie zeigte sich KR Markus Frigo unersättlich in seinem Drang, Meinungen zu unterdrücken. Seiner Meinung nach war die Interpellation zu diesem Thema nur nötig, «weil sich eine Zeitung im Zusammenhang mit einer Gratisauflage (Zuger Presse) dazu entschloss, einen alt Regierungsrat in die Pfanne zu hauen.» Dieser ehemalige Regierungsrat, Urs Kohler FdP, zeigt sich im übrigen ebenso unersättlich, wenn es darum geht, an verschiedensten Töpfen zu nippen, was KR Rust CVP zur Bemerkung veranlasste, er sehe angesichts der Ruhegehälter der

Regierungsräte nicht ein, weshalb Biene Maja (der ehemalige Finanzdirektor Kohler) ihren Rüssel in mehr als einen Honigtopf stecken sollte.

Die Schlinge war ausgelegt...

Dass Politik sehr oft mehr zu tun hat mit Emotionalität als mit Rationalität, zeigte die Diskussion um die Zukunft der beiden Polizeikorps. Schon Wochen zuvor wurde mir gegenüber speziell aus den Reihen der CVP 'mit tiefer Befriedigung' Chnu-



FDP-Hardliner Frigo verteilt Maulkörbe

Bild Zuger Presse

spis Waterloo beim Polizeithema prophezeit. Der mensch-gewordene Uster hatte endlich in seinem 7. Regierungsjahr sein 'pièce de résistance' gefunden, an der er zerbrechen könnte. Wenn man dies doch rechtzeitig geahnt hätte, die mühselige Majorzgeburt hätte ihre Spätwehen nicht erleben müssen.

In der Tat wurde vor allem in der Stadt Zug systematisch mit organisierten Leserbriefen ein klimatisches Umfeld geschaffen, welches es schwierig machte, sich auf rationaler Ebene dem Polizeithema zu widmen. Die FdP fand - auch nach unserer Alternativen Fraktions-Ansicht - den

richtigen Weg. Wir setzten uns - und dies im Gegensatz zu unserem Regierungsratsmitglied Hanspeter Uster - dafür ein, dass zuallererst eine umfassende Prüfung aller Eventualitäten vorliegen müsste, bevor wir uns eine endgültige Meinung über die Zukunft der beiden Polizeikorps erlauben könnten. Einzig der CVP-Fraktionssprecher Robert Baumgartner sprang auf den emotionalisierten Leserbriefschreiberzug auf und schlug namens der CVP-Fraktion vor, die Diskussion endgültig zu begraben und eine Totalrevision des Polizeigesetzes auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Die Diskussion plätscherte so dahin, bis sich plötzlich die CVP mit ihrer Ansicht des Übungsabbruches allein und verlassen vorkam. Als sich dann auch noch die Regierung zum FdP-Mainstream bekannte, entstand in den Sitzreihen um CVP-Fraktionschef Peter Hegglin nervöse Betriebsamkeit. Das Resultat dieser Hektik war Hegglin's Votum, der verkündete, die CVP ziehe ihren Antrag zugunsten der FdP zurück.

'Die Einsamkeit in der Niederlage' war für die CVP-Fraktion zu bedrohlich, was Peter Hegglin zu den Worten hinreissen liess: «Es war nicht die Absicht unserer Fraktion, zu verhindern, dass in diesem Bereich konstruktiv weitergearbeitet wird. Auch wir sind dafür, dass...» Und so entschwand der so lüstern erhoffte Absturz unseres Justiz- und Polizeidirektors in eine noch fernere Zukunft. Chnuspi lag eingebettet, gehegt und gepflegt im FdP-Auffangnetz, und mit gestreckten Armen baumelte der CVP-Fraktionschef samt seiner überrumpelten Kohorte am schmalen Faden der ausgeworfenen FdP-Angel.

In Minne und mit einem Schmunzeln in den Mundwinkeln entliess man uns in die verdiente Sommerpause. ■

* Kantonsrat Frische Brise Steinhausen

1998: Die Grosse Party

Rückkehr nach Bosnien, Jubiläumsfeierlichkeiten «150 Jahre Eidgenossenschaft», das weitere Vorgehen beim Dossier Kantonspolizei/Stadtpolizei sind einige Stichworte meiner Arbeit in den letzten Wochen - und natürlich die zweite Majorz-Abstimmung.

Hanspeter Uster

Die Ausgangslage vor der letzten Kantonsratssitzung vor den Sommerferien war spannend: Während die CVP-Fraktion beantragt hatte, überhaupt auf eine Prüfung der Ausgestaltung des Verhältnisses Kantonspolizei/Stadtpolizei zu verzichten, wollten die anderen Fraktionen - anders als die Regierung mit dem Kernmodell - weiterhin nur die Überprüfung aller drei Varianten, also Beibehaltung des bisherigen Zustands, Optimierung oder Integration. Nachdem sich auch die Regierung dieser Auffassung angeschlossen hatte, musste die CVP ihren Antrag zurückziehen.

Das bedeutet nun konkret, dass zuerst eine Firma bestimmt werden muss, die diese Untersuchung macht. Vorgängig müssen die Submissionsunterlagen von einem externen Unternehmen erstellt und die dann eingehenden Offerten geprüft werden. All dies braucht viel Zeit, aber ist offenbar notwendig, um in dieser Frage einen Schritt weiterzukommen. Ebenfalls noch vor den Sommerferien erschienen zwei Gespräche in den Zuger Medien: Die Neue Zuger Zeitung interviewte den neuen Kripo-Chef, der sich bestimmt und klar zu den Herausforderungen im Bereich Wirtschaftskriminalität geäußert hat. In einem Gespräch mit der Zuger Presse verwies ich ebenfalls auf den dringenden Handlungsbedarf und die perso-

nellen Grenzen, welche die Möglichkeiten der Kantonspolizei gerade in diesem wichtigen Gebiet einschränken. Kaum zu rechnen ist damit, dass der Vorschlag des Luzerner Polizeidirektors, ein gemeinsames Innerschweizer Polizeikorps zu schaffen, schnell umgesetzt werden kann. Wie aber ein solches Projekt, von dem sechs Kantone betroffen wären, umsetzen, wenn nur schon die Frage einer eigenständigen Stadtpolizei zumindest in der Stadt (in den übrigen Gemeinden war sie kein Thema) so hohe Wellen wirft?



**Dossier Kapo-Stapo:
auf die lange Bank geschoben**

Bild B. Weiss

Keine Zwangsmassnahmen

Das im letzten Bulletin geschilderte Vorgehen bei der Rückkehr nach Bosnien hat sich bewährt. Nur in ganz wenigen Fällen haben die Betroffenen von der Rückkehrhilfe kei-

nen Gebrauch gemacht oder kein Verlängerungsgesuch gestellt. Und Personen aus einem sogenannten Minderheitsgebiet werden von uns nicht zwangsweise in ein solches Gebiet weggewiesen. Allerdings hat der Bund in einem konkreten Fall die Fürsorgebeiträge auf Ende August 1997 befristet; die zuständige Gemeinde ist jedoch bereit, auch in diesem Bereich Lösungen zu suchen.

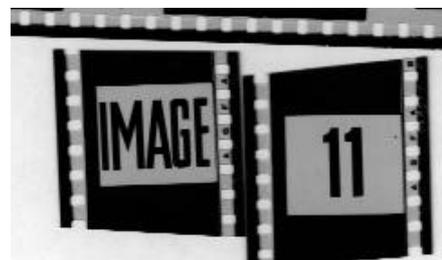
In der Arena anfangs Juni habe ich zudem darauf hingewiesen, dass die Probleme mit kriminellen und die sozialen Regeln massiv verletzenden Asylsuchenden (sogenannte 'Dissoziale') mit repressiven Mitteln nur beschränkt gelöst werden können. Mögliche positive Massnahmen sind insbesondere dezentrale und wenn möglich selbstverwaltete Unterkünfte sowie Beschäftigungsprogramme mit einem Anreizsystem.

Auf Volldampf

Beim Kredit für die Jubiläumsfeierlichkeiten 1998 ist die Referendumsfrist abgelaufen. Beim Fest sind wir voll am Vorbereiten, ein OK ist konstituiert, und es wird am 30. Mai 1998 eine grosse Sache werden (bitte vormerken). Auch das Buchprojekt läuft gut; die Aufträge für die Porträts aus der Zeit von 1798 bis 1848 sind an die Autorinnen und Autoren gegangen, die Arbeiten für die Auswertung der Volkszählung von 1850 sind im Gange. Und auch das Interesse am «Franzos im Ybrig» ist gross. ■

«Trade show» statt Piazza

Parallel zum Filmfestival von Locarno lädt der Schweizerische Filmverleihverband jeweils zur sogenannten «Trade Show» ein. An dieser nicht öffentlichen Veranstaltung treffen sich die Besitzer, Pächter und Programmverantwortlichen der Schweizer Kinos mit den Verleihern zu einem gemeinsamen Forum, wo Verträge abgeschlossen, Apéros eingenommen, Smalltalk geübt und Kontakte gepflegt werden.



Thomas Ulrich



Vor allem aber werden Filme angeschaut. Die Verleiher präsentieren nämlich ihre Produkte, die im Herbst/Winter in die Kinos kommen werden. So absolvieren die Schweizer Kinobetreiber in Locarno ein Programm, das jenes der meisten Journalisten und Kinofreaks, die das «normale» Festival besuchen, in den Schatten stellt. Ich z.B. habe mir während den vier Tagen der Trade Show 17 Filme und Dutzende von Trailern angeschaut.

Ein paar Tips...

Eine nette Komödie sieht, wer sich den englischen Film «**The Full Monty**» anschaut. Dieser gewann den Publikumspreis der Piazza Grande und handelt von sechs arbeitslosen Männern, die in ihrer Verzweiflung eine Striptease-Show aufziehen, in der sie den ganzen Weg gehen wollen, eben «the full monty» (ab 26.9.).

Wer wieder mal einen guten «Popcorn-Film» sehen will, kommt mit dem spannenden «**Breakdown**» (ab 14.11.) oder dem durchaus originellen Alien-Comedy-Buddy-Action-Film «**Men in Black**» auf seine Kosten. Der stärkste Film aus amerikanischem Hause war aber klar «**Sling Blade**». Ein wunderbarer, ruhiger Film mit tollen Darstellern, allen

voran Billy Bob Thornton, der gleichzeitig das Drehbuch schrieb und Regie führte. Offenbar ein Allroundtalent vom Kaliber eines Clint Eastwood oder Tim Robbins.

«Ma Vie en Rose»

Näher vorstellen möchte ich «**Ma Vie en Rose**», einen Film über den siebenjährigen Ludovic, der davon überzeugt ist, dass er eines Tages ein Mädchen sein wird.

Der Film startet mit der von Ludovics Eltern organisierten Nachbarschaftsparty zur Feier ihres Einzugs in einen polierten Mittelklassevorort von Paris. Dort erscheint Ludovic, zur Überraschung aller Anwesenden als Prinzessin verkleidet. Das Paar, das zwei weitere Söhne und eine jugendliche Tochter hat, glaubt, dass Ludovics Neigung zu Puppen und Lippenstift lediglich eine Phase ist. Ludovic aber ist überzeugt, dass er später einmal (wenn er dann eine Frau ist) den Nachbarssohn Jérôme heiraten wird. Jérôme, der damit keine Probleme hat, spielt in einer Szene mit Ludo eine Scheinheirat. Jérômes Eltern finden dieses Spiel aber nicht so witzig und verbieten ihrem Sohn, weiterhin mit Ludo zu spielen, weil er sonst in die Hölle komme...

Die Dramödie zeigt die unschuldigen Handlungen von Ludovic und die Schockwellen, die daraus resultieren und die Nachbarschaft in Aufruhr bringen. Es wird aufgedeckt, dass diese hübsche, einladende Gemeinschaft in Tat und Wahr-

heit aus leicht provozierbaren Heuchlern besteht. Ludovic, der in seiner Naivität gar nicht merkt, was für Probleme er der Familie bereitet, führt sein «Spiel» schlussendlich soweit, dass er von der Schule und die Familie von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

Dieser empfehlenswerte Film zeichnet sich vor allem durch seine Menschlichkeit aus. Am Anfang z.B. zeigt der Vater am wenigsten Verständnis für Ludovics Verhalten, das ihn offenbar an seiner Männlichkeit zweifeln lässt und zudem seinen Job gefährdet. Genau im Moment der Katastrophe aber, wo er eigentlich guten Grund hätte, die Schuld seinem Sohn zuzuschieben, legt er am meisten Offenheit und Familiensinn an den Tag.

Michèle Laroque («Le Mari De La Coiffeuse») als Ludovics Mutter spielt phantastisch, und Georges du Fresne als Ludo ist eine grosse Entdeckung. ■

«Ma Vie en Rose»

Frankreich-Belgien-England,
1997. 35mm, Farbe, Dolby SR,
88 Min.

Verleih: Frenetic Films. Start Deutschschweiz: November 1997.

veranstaltungen

Sept

Mo 22. Info-Abend: Städtische Energieinitiativen
Casino Zug, Konferenzzimmer, 20.00h.

So 28. Abstimmungstreff.
Rest. Schiff Zug,

Nov Okt

Mi 1. Amnesty International Gruppe Zug. Monatsversammlung.
Stadtbibliothek Zug, 20.00h.

Mi 5. Amnesty International Gruppe Zug. Monatsversammlung.
Stadtbibliothek Zug, 20.00h.

Sa/So 22./23. Abstimmungswochenende
Referendum gegen längere Ladenöffnungszeiten

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Rechnen an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

4. Frauenkulturtage

Sonntag. 19. Oktober

17.30 (im Burgbachfoyer)

Eröffnung der 4. Frauenkulturtage: Comics-Ausstellung "von Underground zu Underwear".

(Künstlerinnen: Anna Albisetti, Frida Bünzli, Anke Feuchtenberger, Ursula Fürst, Lea Huber, Gabi Kopp, Sandra Künzi, Anna Kunz, Karoline Schreiber, Anna Sommer, Nadine Spengler, Judith Zaugg, Eva Zurbruggen, Angela Zwahlen)

19.30 Gespräch mit Lea Huber und Anna Sommer, zwei jungen Comics-Künstlerinnen aus Zürich.

Donnerstag. 23. Oktober

18.30 - 20.30 (im Burgbachfoyer)

Comics-Ausstellung "von Underground zu Underwear"

20.00 (im Zelt beim Chaotikum) Blues und Balladen mit Bessy Gräfin von Brühl. Ein Abend, der vom schwarzen Blues bis zum blauen Himmel reicht. Ihre Texte sind zweideutig, ihre Musik umfasst das ganze Spektrum von Blues, Ballade, Chanson, Folklore, und was sie auf die Bühne bringt, das hat sie erlebt.

Barbetrieb ab 19.30

Freitag. 24. Oktober

18.30 - 20.30 (im Burgbachfoyer)

Comics-Ausstellung "von Underground zu Underwear"

21.00 (im Chaotikum)

Konzert mit Frauenband

Barbetrieb ab 20.00

Samstag. 25. Oktober

14.00 (im Bürgerasyl, beim Chaotikum)

Gesangs-Workshop mit dem female funk project (nur für Frauen)

Die Stimme trainieren und Lieder einstudieren: funk, pop, soul etc.

Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit.

041/711 31 45 (Tel.beant.)

ab 18.30

Kulinarisches High-Light im Chaotikum

20.00 (im Zelt beim Chaotikum)

Bauchtanzvorführung

Eine Entführung ins Land der tausend Wunder.

20.30 (im Zelt beim Chaotikum)

Film: Les silences du palais (Tunesien 1994)

Die Aufmerksamkeit, mit der die Regisseurin das Alltagsleben der Frauen, die Momente der Spannung und des Verlangens beleuchtet, mit der sie Verwirrung, Angst oder Liebe in den Blicken einfängt, macht die Grösse dieses Films voller Licht und Schatten aus.

Die Inhaberin des Women Travel Reisebüros, Sonja Müller Lang, gibt eine kurze Einführung dazu.

Sonntag. 26. Oktober

9.30 (Treffpunkt: Landsgemeindeplatz)

Frauenstadtrundgang

Zum letzten Mal!: Frauenarbeit in Zug 1880-1930. Eine andere Perspektive auf das historische Zug: Zwischen Metalli und Marienheim wird von italieni-

schen Fabrikarbeiterinnen erzählt, von tüchtigen Wirtinnen, den Pflichten einer guten Lehrmeisterin und von anderen arbeitsamen Frauen.

Brunch ab 11.00 (im Chaotikum)

12.00 (im Zelt beim Chaotikum)

Bauchtanz-Workshop mit dem zugerischen Bauchtanzverein (nur für Frauen) Eine Einführung in den orientalischen Tanz.

Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit. 041/711 31 45 (Telefonbeantworter)

14.00 (im Zelt beim Chaotikum)

Reise-Workshop: Reisen Frauen anders? (nur für Frauen)

Weiss ich, was ich will? Zeit, Raum, Musse, Ruhe ... Die eigenen Zukunfts- und Ferienträume formulieren mit Tips von Vally Bolliger.

Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit. 041/711 31 45 (Tel.beant.)

16.00 (vor dem Bürgerasyl. Bei schlechter Witterung im Zelt)

Modeschau

Kleider designed by Prisca Waller und second-hand-Klamotten von La Roba (Trudi Ottiger)

Anschliessend: Verkauf

Ort (falls nicht anders vermerkt):

jugendliche Beiz Chaotikum (am Hafen), Chamerstr. 41, Zug